

ENSU Newsletter der Gewerkschaft

JANUAR 2024

AUSGABE NUMMER 6

[Medienpolitik der ENSU](#)

In dieser Ausgabe

Willkommen zur Ausgabe Januar 2024 des gewerkschaftlichen Newsletters des Europäischen Netzwerks für Solidarität mit der Ukraine (ENSU). Darin finden Sie Reaktionen und Analysen zum Entwurf des neuen ukrainischen Arbeitsgesetzes (Seiten 2-9).

Wir weisen auch auf den Kampf gegen die drohende Schließung der Tauridischen Nationalen Universität (TNU) hin, der einzigen Hochschuleinrichtung, die die russische Besetzung der Krim im Jahr 2014 überstanden hat, und der einzigen Universität, an der die krimtatarische Sprache unterrichtet wird.

Der Plan, die TNU mit einer anderen Universität zu fusionieren, ist der erste Schritt in einem groß angelegten Plan zur Rationalisierung der Hochschuleinrichtungen und wird



von der Drohung begleitet, die staatlichen Universitätsstipendien stark zu kürzen (siehe Seite 24). Die Studentengewerkschaft Priama Diia (Direkte Aktion) steht an vorderster Front im Kampf gegen diese neoliberale Offensive.

25. Januar Protest gegen die drohende Schließung der Tauride National University (TNU)

Inhalt Feature: Was verbirgt sich hinter dem neuen Arbeitsgesetzentwurf der Ukraine?

2

Appell des Bundes der Freien Gewerkschaften der Ukraine 10

Interview: FPU-Präsident Grygorii Osovyi 11

ArbeiterInnenkämpfe in der Ukraine 17

Studentische Kämpfe in der Ukraine 25

Weitere Nachrichten über die Arbeit in der Ukraine

30

Solidarität mit den ukrainischen Arbeitnehmern und Gewerkschaften 33

Weißrussland: Gewerkschafterinnen im Gefängnis

35

WICHTIG: Internationales Gewerkschaftstreffen in Kiew am 22. Februar 2024

Auf einer Sitzung der Gemeinsamen Vertretungsgremien (JRB) der ukrainischen Gewerkschaften und Arbeitgeber am 22. Januar informierte Grygorii Osovyi, Präsident des Ukrainischen Gewerkschaftsbundes (FPU), über ein für den 22. Februar dieses Jahres geplantes internationales Gewerkschaftstreffen, an dem Vertreter des FPU und des Bundes Freier Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) teilnehmen werden, die Mitgliedsorganisationen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) sind.

Osovyi sagte: "Das Ziel ist es, über Fragen des Krieges, unseren Kampf gegen den Aggressor und die Unterstützung der Ukraine durch Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Ausland zu diskutieren."

Die ENSU wird ihre Mitglieder und Unterstützer über dieses wichtige Treffen auf dem Laufenden halten, sobald sie Informationen erhalten.

... Alfons Bech (ENSU-Gewerkschaftskoordinator)

Feature: Was verbirgt sich hinter dem neuen Entwurf des ukrainischen Arbeitsgesetzes?



Die fünf größten Herausforderungen des neuen Arbeitsgesetzes

Von Vitaliy Dudin

Quelle: [Social Movement website](#) Übersetzung: Patrick Le Tréhondat

(18. Januar 2024) Der kürzlich von der Regierung veröffentlichte Entwurf des neuen Arbeitsgesetzes der Ukraine stellt den größten Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer während der Zeit des Kriegsrechts dar. Dieses umfassende Dokument mit 264 Artikeln könnte die

Umsetzung vieler Rechte untergraben, die den Arbeitnehmern durch die Europäische Sozialcharta und das europäische Arbeitsrecht garantiert werden. Dies ist bei weitem nicht der erste Versuch, das ukrainische Arbeitsgesetzbuch in den letzten Jahrzehnten aufzuheben, aber eindeutig einer der dreistesten. Er könnte bei Arbeitnehmern, die versuchen, ein normales Leben zu führen oder in den Streitkräften zu dienen, großen Unmut auslösen.

Millionen von Menschen, die im Rahmen von Arbeitsverträgen beschäftigt sind, laufen Gefahr, ihren Kündigungsschutz und ihre Fähigkeit zu verlieren, sich gegen die Willkür ihrer Arbeitgeber zu wehren. Die Verfasser versuchen, die "vorübergehenden" Einschränkungen der Rechte aus der Kriegszeit fortzusetzen und den Ukrainern die Möglichkeit zu geben, auch nach dem Sieg Ungerechtigkeiten zu ertragen. Gesonderte Bestimmungen werden schändliche Praktiken wie die Entlassung wegen der Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen, den 12-Stunden-Arbeitstag oder die unerwartete Unterbrechung des Urlaubs legalisieren. Wenn das Gesetzbuch in diesem Jahr verabschiedet wird, tritt es 2025 in Kraft (Artikel 1 der Schluss- und Übergangsbestimmungen).

Soweit bekannt ist, wurde der Entwurf in aller Eile von einem kleinen Autorenkreis unter der Leitung von Wirtschaftsministerin Yulia Svyridenko und der Volksvertreterin Halyna Tretyakova [von Zelenskys Partei] ohne Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern ausgearbeitet. Das Ergebnis ist ein Gesetz, das formal schlecht und inhaltlich unsozial ist.

1. Wahllose Zusammenstellung

Ausgehend von neoliberalen Ansätzen versuchen die Autoren vor allem, das Arbeitsrecht für den Kapitalisten praktikabel zu machen und den Arbeitnehmer zur schwächsten Partei im Arbeitsverhältnis zu machen, die nicht in der Lage ist, sich selbst zu schützen. Das Dokument enthält die Normen der ukrainischen Gesetzesentwürfe "Über Tarifverträge und Verträge", "Über kollektive Arbeitskonflikte" (Buch 4), "Über Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz" (Buch 3) und natürlich den [Mylovaniv-Entwurf](#) des Gesetzes "Über die Arbeit" [[siehe diesen Kommentar](#)].

Die Länge des Verordnungstextes kann den Arbeitnehmer leicht verwirren. Gleichzeitig haben aber viele arbeitsrechtliche Institutionen keine eigenen Regelungen darin gefunden: Dies gilt insbesondere für die Prüfung einzelner arbeitsrechtlicher Streitigkeiten, da nur Artikel 192 den gerichtlichen Rechtsbehelfen gewidmet ist. Der Abschnitt "Rechte und Garantien der Tätigkeit" wird nicht aufgehoben, aber seine praktische Bedeutung wird dadurch eingeschränkt, dass das neue Gesetzbuch die Funktionen der Gewerkschaften ganz anders sieht.

Die Bestimmungen sind teilweise widersprüchlich: Artikel 24 enthält das Recht des Arbeitgebers, eine Disziplinarmaßnahme gegen den Arbeitnehmer einzuleiten, aber die Ausgestaltung und das Durchführungsverfahren werden nicht offengelegt. Es gibt auch ein allgemeines Verbot von Mobbing am Arbeitsplatz, aber die Verpflichtung des Arbeitgebers, dieses Phänomen zu bekämpfen, ist nicht enthalten (wie im derzeitigen Artikel 158 des Arbeitsgesetzes). Es ist anzumerken, dass Artikel 18 des Entwurfs den Arbeitgebern erlaubt, Regelungen in der von ihnen bestimmten Weise zu erlassen. Sie können die Pflichten des Arbeitnehmers erweitern (Artikel 22). Es besteht keine Notwendigkeit, die Gewerkschaften in diesen Prozess einzubeziehen, so dass eine solche "Selbstregulierung" zu einem Chaos führen wird.

2. Arbeiten bis zum Tod

Gemäß Artikel 84 dürfen Arbeitnehmer in einem Zeitraum von sieben Tagen nicht mehr als 48 Stunden arbeiten, einschließlich Überstunden. Die Anzahl der Überstunden im Kalenderjahr ist auf 360 Stunden begrenzt (derzeit 120 Stunden). Gleichzeitig bietet das Gesetz den Arbeitgebern eine

äußerst bequeme Möglichkeit, eine summarische Neuordnung der Arbeitszeit einzuführen (Artikel 88), bei der es zulässig ist, z. B. die Arbeitszeit eines ganzen Jahres in einem kürzeren Zeitraum zu leisten. In diesem Fall kann die Arbeit bis zu 12 Stunden pro Tag dauern. Es ist lediglich erforderlich, die Arbeitnehmervertreter zu informieren". Im Bereich der Arbeitszeit entscheidet der Arbeitgeber über: die Länge der Schichten (Artikel 84), die Arbeitszeit (Artikel 88), den Schichtplan (Artikel 90) usw. Eine derart weitreichende Befugnis des Arbeitgebers, die Dauer der Arbeitszeit zu bestimmen, wird zu Missbrauch und ungerechtfertigten Überstunden führen.

3. Bedrohung der Flexibilität

Die Absicht der Verfasser, den Parteien bei der Festlegung der Bedingungen des Arbeitsvertrags eine zu große Freiheit einzuräumen, gibt Anlass zu großer Sorge. Wenn der Arbeitnehmer bestimmte Arbeitsbedingungen akzeptiert, läuft er Gefahr, gegenüber dem Arbeitgeber benachteiligt zu werden. So kann der Arbeitsvertrag beispielsweise folgende Bestimmungen enthalten: Gründe für die Aussetzung des Vertrags ohne Lohnzahlung (Artikel 60), Gründe für obligatorische Überstunden (Artikel 88), Rückruf während des Urlaubs (Artikel 96), Aufteilung des Jahresurlaubs in Teilbeträge (Artikel 96), Auszahlung des Urlaubs (Artikel 104) usw.

Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, diesen Verpflichtungen nachzukommen, und im Falle eines eklatanten Verstoßes droht ihnen die fristlose Entlassung (Artikel 68). Dies könnte zum Beispiel nach der Offenlegung eines Geschäftsgeheimnisses der Fall sein. Nach Artikel 54 kann der Arbeitgeber ohne Begründung eine Änderung der Arbeitsbedingungen vorschlagen und diese innerhalb einer Woche einführen: Der Arbeitgeber kann sich also von "unnötigen" Verpflichtungen befreien, ohne dass er den Arbeitsvertrag mit dem Arbeitnehmer ändern muss. Bei Vorliegen von "Umständen *höherer Gewalt*" kann der Arbeitgeber die Verpflichtungen aus Tarifverträgen und (sektoralen) Kollektivvereinbarungen aussetzen (Artikel 176, 184).

4. Beschleunigte Redundanz

Die Beendigung des Arbeitsvertrags wird durch den Abschluss einer Zusatzvereinbarung formalisiert (Artikel 62). Insbesondere kann der Arbeitgeber einen Arbeitnehmer aus abstrakten "wirtschaftlichen Gründen" entlassen, wobei eine Kündigungsfrist von 60 Tagen einzuhalten ist (wird der Arbeitsvertrag für einen Zeitraum von bis zu vier Monaten geschlossen, so gilt eine Kündigungsfrist von fünf Tagen). Zu den Garantien, die den Arbeitnehmern im Falle einer Beendigung des Arbeitsvertrags auf Initiative des Arbeitgebers gewährt werden (Artikel 74), gehört kein Verbot der Entlassung während des Urlaubs- oder Krankheitsurlaubs. Arbeitnehmern mit Kindern über eineinhalb Jahren kann aus allgemeinen Gründen gekündigt werden, wodurch das Niveau der Garantien im Vergleich zum geltenden Artikel 184 des Arbeitsgesetzes erheblich gesenkt wird. Die Verpflichtung des Arbeitgebers, bei der Entlassung von Arbeitnehmern das vorrangige Recht auf Weiterbeschäftigung zu berücksichtigen, wurde gestrichen (insbesondere müssen das Qualifikationsniveau, das Dienstalter, die familiäre Situation usw. nicht berücksichtigt werden). Gleichzeitig ist es nicht erforderlich, eine andere freie Stelle anzubieten!

All dies erspart dem Arbeitnehmer den Nachweis eines Gesetzesverstoßes im Falle einer unrechtmäßigen Entlassung. Hat ein Arbeitnehmer einen befristeten Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von bis zu vier Monaten, kann er entlassen werden, wenn er an 15 aufeinander folgenden Arbeitstagen wegen Krankheit fehlt (Artikel 69 des Entwurfs). Das in Artikel 73 des Entwurfs vorgesehene Verfahren zur Abstimmung der Entlassung des Arbeitnehmers mit der Gewerkschaft ist praktisch wirkungslos: Der Arbeitgeber hat das Recht, die Gewerkschaft sechs Arbeitstage vor dem geplanten Entlassungstermin zu informieren und kann Konsultationen einleiten. Artikel 83 schwächt die Anreize für eine rechtzeitige Abschlusszahlung im Falle der Beendigung des

Arbeitsverhältnisses erheblich ab. Anstelle einer Strafe in Höhe des durchschnittlichen Tageslohns für jeden Verzugstag wird eine Strafe von 0,5 % des geschuldeten Betrags für jeden Verzugstag eingeführt.

5. Einsparungen bei Gesundheit und Sicherheit

Im Vergleich zu Artikel 4 des geltenden Urlaubsgesetzes sind in Artikel 94 des Entwurfs folgende Urlaubstage nicht vorgesehen: zusätzlicher Urlaub für die Arbeit unter ungünstigen und schwierigen Arbeitsbedingungen; zusätzlicher Urlaub aufgrund der besonderen Art der Arbeit; Sabbaturlaub; Urlaub zur Vorbereitung auf und Teilnahme an [sportlichen] Wettkämpfen. Dies wird sich negativ auf das Wohlbefinden und die Motivation der Arbeitnehmer auswirken. Der Mindestbetrag der Ausgaben für den Arbeitsschutz wird gestrichen! Die Arbeitgeber sind nur verpflichtet, Maßnahmen für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer bei der Arbeit bis zur Höhe des dafür erforderlichen Betrags zu finanzieren (Artikel 155 des Entwurfs). Es fehlt eine dem Artikel 160 des Arbeitsgesetzbuches vergleichbare Norm, die besagt, dass der Arbeitgeber für die ständige Überwachung der Einhaltung der Anforderungen der Arbeitsschutzvorschriften durch die Arbeitnehmer verantwortlich ist. Infolgedessen wird es schwieriger sein, den Nachweis zu erbringen, dass aufgrund der Nichterfüllung der Pflichten des Arbeitgebers ein industrieller Schaden entstanden ist, und von ihm moralischen Schadenersatz zu erhalten.

Wenn der Staat von seinen Bürgern ein Opfer verlangt, verletzt er ihr Recht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und ihre Familien zu versorgen. Die Verabschiedung eines solchen Dokuments durch das Ministerkabinett der Ukraine und seine anschließende Weiterleitung an die Werchowna Rada der Ukraine ist ein Zeichen der Missachtung europäischer Standards und der Rolle der ukrainischen Gewerkschaften. Das neue ukrainische Arbeitsgesetzbuch wird den unverschämtesten Arbeitgebern helfen, sich gegen die wachsenden Forderungen ihrer Arbeitnehmer zu "wehren", aber es wird das Wirtschaftswachstum nicht voranbringen. Die derzeitige Wirtschaftskrise wird unter anderem durch den Mangel an Arbeitskräften verursacht, und solche Reformen werden ihn nur noch verschlimmern. Die Kapitaleigner haben den günstigsten Zeitpunkt gewählt, um ihre Reformen voranzutreiben: wenn die Aufmerksamkeit der ukrainischen Bevölkerung auf den laufenden Krieg gerichtet ist und die Politiker nicht durch die Aussicht auf Wahlen oder Demonstrationen zurückgehalten werden.

Wir würden gerne glauben, dass unter den Bedingungen der europäischen Integration alle diese Fragen von der internationalen Gemeinschaft richtig bewertet werden und dass die ukrainischen Arbeiter einen neuen Anreiz finden werden, sich gewaltsam zusammenschließen, um ihre Rechte vor den kapitalistischen Räubern zu schützen. **Die KVPU ist gegen den neuen Entwurf des Arbeitsgesetzes**



Quelle: KVPU

(22. Januar 2024)

Auszüge aus der KVPU-Erklärung zum neuen Arbeitsgesetzentwurf. Die vollständige Stellungnahme der KVPU finden Sie [hier](#).

Der Bund Freier Gewerkschaften der Ukraine hat den neuen Entwurf des ukrainischen Arbeitsgesetzes, der vom

Wirtschaftsministerium der Ukraine ausgearbeitet wurde (im Folgenden als "Entwurf des Arbeitsgesetzes" bezeichnet), geprüft und nicht gebilligt.

In den Erläuterungen zum Entwurf des Arbeitsgesetzes wird darauf hingewiesen, dass es entwickelt wurde, um die Verpflichtungen zu erfüllen, die in Anhang XL des Kapitels 21 "Zusammenarbeit im Bereich der Beschäftigung, der Sozialpolitik und der Chancengleichheit" festgelegt sind, das Teil des Titels V "Wirtschaftliche und sektorale Zusammenarbeit" des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine einerseits und der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits (im Folgenden als "Assoziierungsabkommen" bezeichnet) ist.

Im Einklang mit dem Assoziierungsabkommen hat sich die Ukraine verpflichtet, ihre Rechtsvorschriften schrittweise an die Gesetze, Normen und Praktiken der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung, Sozialpolitik und Chancengleichheit anzuleichen [...]

In der Erläuterung zum Entwurf des Arbeitsgesetzes heißt es außerdem, dass es eine weitere Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften an die von der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegten internationalen Arbeitsnormen gewährleistet.

Die Ukraine ist seit dem 12. Mai 1954 Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation und hat in dieser Zeit mehr als 60 ihrer Übereinkommen ratifiziert. Gemäß der IAO-Satzung verpflichten sich die Mitglieder der Organisation, die von ihnen ratifizierten Übereinkommen anzuwenden (Artikel 35) und keine ständige "Angleichung" der nationalen Rechtsvorschriften an die internationalen Normen vorzunehmen.

Leider kann der Entwurf des Arbeitsgesetzes nicht als vollständig konform mit den Normen der von der Ukraine ratifizierten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation und den Normen der europäischen Gesetzgebung bezeichnet werden.

Dies war eine Folge der Fortsetzung der beschämenden Praxis der Regierung, die Sozialpartner bei der Ausarbeitung des Entwurfs des Arbeitsgesetzes zu ignorieren und die Sachverständigen der Gewerkschaften nicht in die Ausarbeitung des Gesetzes einzubeziehen.

Am 14. Dezember 2023 beschloss der Europarat, Verhandlungen mit der Ukraine über den Erwerb der EU-Mitgliedschaft aufzunehmen. In dieser Phase wird unser Land beweisen müssen, dass es würdig ist, seinen rechtmäßigen Platz unter den gleichberechtigten Mitgliedern der europäischen Gemeinschaft einzunehmen.

Unbeholffene Versuche der Behörden, das Arbeitsgesetzbuch zügig weiterzuentwickeln, indem sie die in den letzten Jahren bereits eingeführten Änderungen des aktuellen Gesetzentwurfs "Über die Arbeit" (aus dem Jahr 2022, [der von der IAO im entsprechenden Memorandum der technischen Kommentare der Experten des Internationalen Arbeitsamtes kommentiert wurde](#)) zusammenfassen, "Über kollektive Arbeitskonflikte" und "Über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz", die sich in verschiedenen Entwicklungsstadien befinden, sowie das ukrainische Gesetz "Über kollektive Vereinbarungen und Verträge", das 2023 verabschiedet wurde, können in Zukunft zu ernsthaften Problemen in Form von Konflikten zwischen den Normen des Arbeitsgesetzbuchs und den einschlägigen Rechtsvorschriften führen.

In Anbetracht der begrenzten Zeit, die der Gesetzgeber für die Ausarbeitung und Verabschiedung des Entwurfs zur Verfügung gestellt hat, werden im Folgenden einige wichtige, aber nicht erschöpfende Gründe genannt, warum der KVPU den Entwurf des Arbeitsgesetzes nicht billigt ([siehe den vollständigen Text der KVPU-Stellungnahme](#)).

Sichtweise der FPU

Quelle: Föderation der Gewerkschaften der Ukraine

Die Vorsitzenden der FPU-Mitgliedsorganisationen haben zum Entwurf des Arbeitsgesetzes der Regierung Stellung genommen.



Am 22. Januar fand nach bilateralen Konsultationen zwischen der Gewerkschaftsführung und Vertretern der Arbeitgeberseite auf nationaler Ebene über den Regierungsentwurf des Arbeitsgesetzes eine Sitzung der Vorsitzenden der FPU-Mitgliedsorganisationen statt, bei der die Vorschläge der Gewerkschaftsverbände und ein Beschlussentwurf zu diesem Thema vor der Sitzung der Gewerkschaftsverbände geprüft wurden.

Der FPU-Vorsitzende Grygorii Osovyi äußerte zu diesem Thema seine Vision für die weitere Arbeit an dem Gesetzentwurf und stellte fest, dass es aufgrund der Ergebnisse der bilateralen Konsultationen mit den Arbeitgebern offensichtlich ist, dass es aufgrund des Mangels an Zeit und ausreichend vorbereiteten Fachleuten für diese Arbeit in zehn Tagen praktisch unmöglich ist, ein so umfangreiches Dokument zu behandeln, aber es ist möglich, eine gemeinsame Vision und eine gemeinsame Haltung für die Arbeit an dem Entwurf des Arbeitsgesetzbuches mit Hilfe der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zu skizzieren. Es geht um die Frage, welche grundlegenden Bestimmungen dieses Dokument enthalten sollte und um eine konzeptionelle Grundlage für die Gewährleistung der Rechte der ukrainischen Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der Prozesse der europäischen Integration und der Notwendigkeit einer angemessenen Umsetzung der nationalen Gesetzgebung der Ukraine sowie des geringen Angebots an Arbeitskräften auf dem ukrainischen Arbeitsmarkt.

Grygorii Osovyi betonte, dass jede Lockerung von Rechten und Garantien Arbeitnehmer davon abhalten könnte, in der Ukraine zu arbeiten, insbesondere wenn sich der Verhandlungsprozess über den Beitritt der Ukraine zur EU intensiviert und neben gemeinsamen Märkten für Waren, Dienstleistungen und Kapital auch ein Arbeitsmarkt entsteht, der mit dem europäischen Arbeitsmarkt synchronisiert wird. Der Zustrom von Arbeitskräften wird dann eindeutig in Richtung der Länder gehen, die bessere Arbeitsbedingungen und ein höheres Lohnniveau bieten. Solche Tendenzen sind bereits heute zu beobachten. Und die massive Abwanderung von Arbeitskräften ins Ausland kann die ukrainische Wirtschaft in eine Depression führen. [...]

Wir müssen eine größtmögliche Einigung über diesen Text erzielen und erst dann der Regierung empfehlen, ihn der Werchowna Rada vorzulegen und die gesamte Expertenarbeit so zu konzentrieren, dass sie unter der Schirmherrschaft von IAO- und EU-Experten durchgeführt wird, die uns helfen können, diese Arbeit effektiv zu erledigen. Und natürlich kann dies nicht in zehn Tagen geschehen.

In der anschließenden Diskussion prüften und unterstützten die Gewerkschaftsführer die Kommentare und Vorschläge der Gewerkschaften sowie einen Beschlussentwurf zum Entwurf des Arbeitsgesetzes der Regierung, der dem gemeinsamen Gewerkschaftsgremium auf seiner Sitzung am 22. Januar vorgelegt werden soll. Eine rechtliche Stellungnahme zu diesem Dokument wurde ausgearbeitet.

Gewerkschaften und Arbeitgeber treffen sich, um den Entwurf des Arbeitsgesetzes zu diskutieren



uelle: FPU-Website, bearbeitete maschinelle Übersetzung

(23. Januar 2024) Am 22. Januar 2024 fand im Gewerkschaftshaus in Kiew eine bilaterale Konsultationssitzung der Führung des Gemeinsamen Vertretungsorgans (JRB) der Gewerkschaften und des JRB der Arbeitgeber auf nationaler Ebene statt (siehe Bild).

Die Parteien erörterten ihre Standpunkte zu aktuellen Themen, die eine Konsolidierung der Bemühungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern erfordern, d.h. im übertragenen Sinne müssen die Uhren synchronisiert und Wege für eine weitere Zusammenarbeit gefunden werden.

Sie betraf insbesondere:

- die Festlegung der Positionen der Parteien und die weitere gemeinsame Arbeit am Entwurf des neuen Arbeitsgesetzes.
- Fortschritte bei der Aktualisierung der Rechtsvorschriften über den sozialen Dialog in der Ukraine im Rahmen der beim NMCU eingerichteten Arbeitsgruppe.
- die Erhaltung des Arbeitskräftepotenzials der Ukraine während des Kriegsrechts im Rahmen der Mobilisierung und des Militärdienstes und
- Koordinierung der Maßnahmen der Parteien zur Unterstützung von Arbeitnehmern und ihren Familien, die bei der Ausübung ihrer Arbeitstätigkeit durch die bewaffnete Aggression Russlands Schaden genommen haben.

Zu Beginn der Sitzung betonte der Vorsitzende des JRB der Gewerkschaften, FPU-Chef Grygorii Osovyi, dass ein wichtiger Bestandteil der Erhaltung des Arbeitskräftepotenzials des Landes während des Kriegsrechts die Arbeit im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Gesundheit von Arbeitnehmern sei, die bei der Ausübung ihrer Tätigkeit durch Raketenangriffe und Bombardierungen verletzt wurden. Er wies darauf hin, dass es viele tragische Fälle gebe und ein gemeinsamer Aktionsalgorithmus zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber entwickelt werden müsse. Der Gemeinsame Rat der Gewerkschaften und Arbeitgeber muss auch einen Beschluss über die Unterstützung von Familien und verletzten oder geschädigten Arbeitnehmern fassen, um deren Gesundheit wiederherzustellen und ihnen die Fortsetzung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Die Parteien erörterten den Regierungsentwurf des ukrainischen Arbeitsgesetzes, der vom Wirtschaftsministerium ausgearbeitet und den Sozialpartnern zur Prüfung vorgelegt wurde, wie dies in der geltenden Gesetzgebung vorgesehen ist.

Nach einer konstruktiven Diskussion kam man zu dem Schluss, dass dieser Gesetzesentwurf sowohl strukturell als auch inhaltlich erheblich überarbeitet und an das EU-Recht angepasst werden muss.

Die neue Arbeitsgesetzgebung sollte in Form einer dreigliedrigen Arbeitsgruppe entwickelt werden, der Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Regierung angehören sollten. Ziel dieser Zusammenarbeit sollte es sein, ein System der Arbeitsbeziehungen in der Ukraine zu schaffen, das auf dem EU-Binnenarbeitsmarkt wettbewerbsfähig ist, damit wir unser Arbeitskräftepotenzial nicht verlieren.

Nach Ansicht der Gewerkschaften muss der Entwurf des Arbeitsgesetzes viele der darin enthaltenen Begriffe harmonisieren und mit den Anforderungen der IAO-Übereinkommen und -Richtlinien in Einklang bringen. Ein breites Spektrum von Experten, auch aus dem Ausland, sollte in die Arbeit an dem Gesetzbuch einbezogen werden. Dieses Dokument muss auch im Rahmen des NTSEC erarbeitet werden.

Infolgedessen wurde beschlossen, einen gemeinsamen Arbeitsprozess zum Entwurf des Arbeitsgesetzes einzuleiten und Vorschläge von Arbeitgebern und Gewerkschaften zu erarbeiten. Um einen gemeinsamen Standpunkt zu bestimmten im Entwurf des Arbeitsgesetzes vorgeschlagenen Neuerungen festzulegen, vereinbarten die Parteien, thematische Sitzungen abzuhalten.

Der FPU-Vorsitzende informierte seine Kollegen über das für den 22. Februar dieses Jahres geplante internationale Gewerkschaftstreffen, an dem Vertreter der FPU und der KVPU, die Mitgliedsorganisationen des IGB und des EGB sind, teilnehmen werden.

Ziel ist es, über Fragen des Krieges, unseren Kampf gegen den Aggressor und die Unterstützung der Ukraine durch Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Ausland zu diskutieren.

An der Diskussion nahmen teil: Alexander Shubin, erster stellvertretender Vorsitzender des JRB der Gewerkschaften, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Ukraine, Mikhail Volynets, stellvertretender Vorsitzender des JRB der Gewerkschaften, Vorsitzender der Konföderation der freien Gewerkschaften der Ukraine, und Vorsitzender der Gesamtkrainischen Gewerkschaft der Streitkräfte der Ukraine, Valerii Dobrovolskyi, stellvertretender Vorsitzender der Union der Gesamtkrainischen Gewerkschaften und Berufsverbände "Einheit", Halyna Kolosiuk, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahn- und Transportarbeiter der Ukraine, Oleksandr Mushenok.

Im Namen der Arbeitgeber: Anatoliiy Kinakh, Erster Stellvertretender Vorsitzender des JRB der Arbeitgeber, Serhiy Bilenyki, Stellvertretender Vorsitzender des JRB der Arbeitgeber, Kostiantyn Marchuk, Stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung der Arbeitgeberorganisationen der Ukraine.

Appell des Bundes Freier Gewerkschaften der Ukraine

An die Gewerkschaften, Parlamente und Regierungen der demokratischen Länder, die internationalen Partner und die internationalen Organisationen

(3. Januar 2024) Das neue Jahr 2024 begann in der Ukraine mit entsetzlichen massiven russischen Raketenangriffen auf die schlafenden, friedlichen Städte der Ukraine. Insgesamt töteten die russischen Streitkräfte allein während der Feiertage vom 29. Dezember 2023 bis zum 2. Januar

2024 90 Zivilisten bei den Raketenangriffen. In nur fünf Tagen hat Russland 500 Raketen und unbemannte Luftfahrzeuge (UAV) auf Wohngebiete, Unternehmen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen und Kulturerbestätten in der Ukraine abgeschossen. Jeden Tag sterben Bewohner unserer friedlichen Städte durch die Hand Russlands, und Hunderte von Menschen werden verletzt und erleiden Behinderungen. Wir sind gezwungen, in einem Zustand ständigen Stresses und ständiger Angst zu leben und zu arbeiten. Heute zahlen die Ukrainer einen hohen Preis für die Freiheit und den Frieden in Europa.

KVPU-Vorsitzender Mikhaïl Volynets

Der Bund Freier Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) weist als Stimme der ukrainischen Arbeitnehmer - Bergleute, Metallurgen, Energiearbeiter, Lehrer, Ärzte, Unternehmer und andere - auf die Notwendigkeit hin,

entschlossene Maßnahmen zum Schutz der Ukraine zu ergreifen und die Absichten des Aggressorlandes Russland, das Völkerrecht umzuschreiben und die Landkarte des modernen Europas neu zu zeichnen, zu verhindern.

Wir appellieren an die Regierungen der Länder und die internationale Gemeinschaft, die Bereitstellung von Militärhilfe für unser Land zu beschleunigen, einschließlich der Bereitstellung zusätzlicher Luftabwehrsysteme, Langstreckenraketen, Drohnen usw. Internationale Partner retten durch die Bereitstellung von Waffen Tausende von Menschenleben bei Raketenangriffen durch russische Truppen.

Wir wenden uns auch an internationale Partner:

- Fortsetzung der wirtschaftlichen und humanitären Hilfe für die Ukraine;
- Verschärfung der Sanktionen gegen das russische Terrorregime, da dadurch die für die Fortsetzung des blutigen Krieges erforderlichen Finanzmittel und die Ausfuhr von Technologie erheblich eingeschränkt werden können;
- Sicherstellung der Möglichkeit, eingefrorene russische Guthaben zu verwenden, um sie zur Unterstützung der Ukraine einzusetzen;
- Isolierung und Ausschluss russischer politischer, öffentlicher und gewerkschaftlicher Persönlichkeiten von der Arbeit in internationalen Organisationen als Vertreter eines Landes, das terroristische Aktivitäten gegen die souveräne, unabhängige Ukraine und ihre Bürger durchführt.

Wir rufen die Vertreter der internationalen und europäischen Gewerkschaftsgemeinschaft auf, die Regierungen Ihrer Länder aufzufordern, der Ukraine weiterhin humanitäre und militärische Hilfe zukommen zu lassen.

Wir möchten allen danken, die die Ukraine in dieser für das ukrainische Volk so schwierigen Zeit unterstützen und ihr helfen.

Wir glauben, dass gemeinsame Anstrengungen dazu beitragen werden, die russische Aggression zu stoppen, die nicht nur die Ukraine zerstört, sondern auch die wirtschaftliche, energiepolitische, ökologische und ernährungspolitische Stabilität in Europa und auf der ganzen Welt unterminiert.



Mykhailo Volynets

Vorsitzender des Bundes Freier Gewerkschaften der Ukraine (Confederation of Free Trade Unions of Ukraine)

Grygorii Osovyi (FPU): Vollständige Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta ist unsere Forderung

Quelle: Ukraine-Solidaritätskampagne (UK)

(12. Januar 2023) Der Krieg in vollem Umfang hat nicht nur innerhalb des Landes zu Veränderungen geführt. Er hat auch die Arbeit unserer Vertreter auf internationaler Ebene erheblich verändert. Der Gewerkschaftsbund der Ukraine (FPU) bildet da keine Ausnahme. Wir sprechen darüber mit Grygorii Osovyi (im Bild), dem Vorsitzenden der FPU.

Grygorii Vasylovych, wie hat sich die Position der FPU auf internationaler Ebene während des Krieges verändert?



Das hat sich ganz schön verändert. Ging es uns vorher auf internationaler Ebene vor allem darum, Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit und der Menschenrechtsarbeit im Bereich der Arbeit zu sammeln, so ging es nach dem Ausbruch des Krieges vor allem darum, bei der internationalen Gewerkschaftsbewegung und der Öffentlichkeit verschiedener Länder dafür zu werben, die Ukraine in ihrer Konfrontation mit dem russischen Aggressor zu unterstützen. Mit anderen Worten: Wir haben die uns zur Verfügung stehenden

Möglichkeiten der Gewerkschaftsdiplomatie genutzt.

Die FPU hat beratenden Status bei der UN-Kommission für soziale Entwicklung und ist seit langem Mitglied des weltberühmten Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), der in 165 Ländern tätig ist und mehr als 200 Millionen Gewerkschaftsmitglieder hat. Im Oktober 2002, noch bevor die Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhielt, wurde der Gewerkschaftsbund in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgenommen, der die einzige Partnerorganisation der EU-Institutionen ist und in 42 Ländern des Kontinents tätig ist.

Gleichzeitig sind 24 gesamtukrainische Gewerkschaften, die Mitglieder der FPU sind, an globale Gewerkschaften angeschlossen. Dies gibt uns große Möglichkeiten, die Ukraine durch diese Institutionen international zu vertreten. Diese wiederum sind auf der Ebene der Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Organisation für wirtschaftliche und soziale Entwicklung aktiv und verfügen über eine entsprechende Vertretung oder Akkreditierung bei den G-7- und G-20-Gipfeln usw.

Ende Februar werden wir übrigens Teil der IGB-Delegation beim jährlichen Treffen der Gewerkschaften mit dem IWF und der Weltbank sein, um über die Zukunft des Arbeitssektors, Investitionen in Arbeitsplätze und Humankapital zu diskutieren. Ich möchte Sie daran erinnern, dass

dies die Finanzinstitute sind, die der Ukraine Kredite gewähren. Und schließlich gibt uns all dies die Gelegenheit, ihnen die Wahrheit über die Lage im Land zu sagen, über die militärische Aggression Russlands, darüber, wie wir unsere Souveränität, unsere Freiheit und unser Recht auf demokratisch gewählte Unabhängigkeit verteidigen.

Stehen die meisten Länder auf unserer Seite und unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf?

Die meisten sind es. Aber nicht alle von ihnen. Es gibt einige, zum Beispiel Gewerkschaften aus afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, die keine objektive Sicht auf die Geschehnisse in der Ukraine haben. Folglich haben sie nicht den politischen Willen, die russische Aggression zu verurteilen. Dies liegt nicht daran, dass sich die offizielle Position der Gewerkschafter in diesen Ländern bereits gebildet hat. Tatsache ist, dass einige der Gewerkschaftsführer einst in Moskau studiert haben und mit Illusionen und Erinnerungen leben. Ein anderer Teil hat bestimmte ideologische Überzeugungen. Ihre Logik ist folgende: Wenn die Vereinigten Staaten (die sie als Imperium betrachten) der Ukraine helfen, dann stehen wir angeblich unter dem Einfluss dieses Imperialismus. Russland wird ebenfalls als Imperium betrachtet, also unterstützen sie es auch nicht. Und vor dem Hintergrund dieser beiden gegensätzlichen Kräfte manövrieren sie, ohne eine klare Position zur Verurteilung der bewaffneten Aggression Russlands einzunehmen.

Das kann nur beunruhigend sein...

Natürlich ist sie das. Und wir präsentieren unsere Entschließungen auf jeder internationalen Plattform, wo immer es möglich ist, und initiieren öffentliche Aktionen und Kundgebungen in Solidarität mit der Ukraine, wie wir es während der Internationalen Arbeitskonferenz [im Juli 2023] in Genf getan haben. Aufgrund unserer prinzipienfesten Haltung wurde die [Föderation Unabhängiger Gewerkschaften Russlands](#) (die Putin im Krieg unterstützt hat) aus dem IGB ausgeschlossen. Natürlich arbeiten wir in dieser Richtung vor allem mit Gewerkschaften aus Ländern zusammen, die uns in Bezug auf Verständnis und Unterstützung näher stehen. Das sind vor allem die nordischen Länder Europas - Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen - und Belgien. Und natürlich die baltischen Staaten und Polen - wir haben eine gemeinsame Vision der russischen Aggression. Wir versuchen jetzt, die Slowakei einzubeziehen. Wir haben die Unterstützung der schweizerischen, französischen und italienischen Gewerkschaften. Wir haben ausgezeichnete Beziehungen zu den Verbänden dieser Länder, die die gesamte dortige Gewerkschaftsbewegung bilden. Jeder dieser Verbände hat seine eigenen ideologischen Botschaften und arbeitet mit politischen Parteien zusammen.

Übrigens wollten die Italiener im Jahr 2022 in der Ukraine eigentlich eine Konferenz zur Friedenssicherung abhalten. Leider mussten wir sie absagen. Zum damaligen Zeitpunkt gab es keine wirklichen Gründe für eine wirksame Umsetzung der Forderungen der Ukraine: vollständiger Rückzug der Truppen von unserem Territorium, Rückgabe der verursachten Schäden, Sicherheitsgarantien usw. Und wenn die Truppen des Gegners auf ukrainischem Territorium stehen, gibt es wenig oder gar keine Aussichten auf Friedensverhandlungen.

Besonderes Augenmerk legen wir natürlich auf den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich, deren Regierungen der Ukraine militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe in nie dagewesenem Umfang leisten. Im Juni waren Mykhail Volynets, der Vorsitzende der KVPU, und ich in Philadelphia bei der American Federation of Labour and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO), wo US-Präsident Joe Biden eine brillante Rede zur Unterstützung der Gewerkschaften und der Ukraine hielt. Und unser Auftritt auf der Bühne, bei dem wir ein Video von den terroristischen Aktionen der Russen in Irpin, Buka und Mariupol zeigten, löste eine einhellige Verurteilung der russischen Aggression und

Unterstützung für die Ukraine aus. Allerdings gab es Delegierte aus einigen Staaten, die noch Zweifel hatten. Etwas Ähnliches haben wir letztes Jahr auf dem britischen Gewerkschaftskongress gemacht.

Und Sie sind an solchen Orten unterwegs, um zu erklären, warum es notwendig ist, den Druck auf den Aggressor zu erhöhen?

Ja, das tun wir. Das Gute daran ist, dass dort, wo es eine starke Gewerkschaftsbewegung gibt, diese auch von politischen Kräften unterstützt wird. Denn Gewerkschaften sind Wähler. In den skandinavischen Ländern zum Beispiel sind 85 bis 90 Prozent aller Arbeitnehmer Mitglied in Gewerkschaften, die sie durch Tarifverträge schützen. Und sie wählen alle. Das bedeutet, dass sich sowohl die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) als auch die Beamten in den zuständigen europäischen Institutionen an der Meinung dieser Menschen orientieren. Übrigens: Im Mai dieses Jahres finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Und der Kampf um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler, also auch der Gewerkschaftsmitglieder, ist sehr wichtig.

Ich habe kürzlich an einer Konferenz im Europäischen Parlament in Brüssel teilgenommen, die von fortschrittlichen Sozialisten und Sozialdemokraten organisiert wurde und bei der es darum ging, wie ein soziales Europa in der Zukunft gewährleistet werden kann. Ich habe eine Rede über die Reformen in der Ukraine gehalten, weil wir laut Verfassung auch ein Sozialstaat sind. Dies ist die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament, die die Gewerkschaftsbewegung sehr unterstützt. Wenn man sich die Formel von Europa anschaut, dann meinen progressive Politiker und Sozialisten immer ein "soziales Europa", eine soziale Marktwirtschaft. Und es gibt einen Platz für die Gewerkschaftsbewegung, ihre Rolle und ihre Macht sowie ihre Beteiligung an der Unternehmensführung. Diese Politiker sind besorgt über das Erstarken der radikalen Rechten in Europa, das die Rechte der Arbeitnehmer beeinträchtigen und zu einem Abbau ihrer sozialen Garantien führen könnte.

Gibt es jetzt etwas Ähnliches in der Ukraine?

Ja, die gibt es. Wir müssen den Bürgern der Ukraine eine ehrliche Antwort darauf geben, was für ein Land wir aufbauen. Im Gegensatz zu dem, was die Europäer in ihren Entschlüssen sagen und vorschreiben, werden Sie in den Dokumenten des ukrainischen Parlaments oder der Regierung nicht die Worte "soziale Marktwirtschaft" finden. Es gibt nur "Markt" - "sozial" wurde gestrichen. Und es ist nicht nur das Vokabular - viele praktische Dinge wurden zusammen mit dem Wort "sozial" gestrichen. Wenn etwas während des Kriegsrechts akzeptabel ist, kann es in der Zukunft zu einer Bremse für unsere europäische Integration werden.

Zum Beispiel?

Sehen Sie, wir haben 2017 die Europäische Sozialcharta ratifiziert. Und das ist der Stärke und dem Einfluss der FPU zu verdanken, die das Programm "European Choice" als ihren Kurs gewählt hat. Dies ist eine sehr starke Umsetzung der europäischen Gesetzgebung. Die EU-Richtlinien und die Europäische Sozialcharta enthalten insbesondere Artikel 1 Absatz 4, in dem festgelegt ist, wie hoch das Existenzminimum, der Mindestlohn, die staatlich garantierte Rente usw. als Standard für die Länder sein sollte, die Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind. Es muss den Bedarf einer Person an Nahrung, Kleidung und anderen lebensnotwendigen Gütern decken und die Kosten für medizinische Behandlung und Wohnung einschließen. Das bedeutet, dass die Ukraine alle diese Indikatoren berücksichtigen sollte. Tatsächlich umfasst unser Gesetz über das Existenzminimum nur Nahrungsmittel und einige Komponenten des täglichen Lebens. Und bezahlte Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Wohnung sind überhaupt nicht enthalten, sondern nur Rechnungen

für Versorgungsleistungen. Aber das ist nur für diejenigen relevant, die eine Wohnung haben. Und wer hat das nicht? Dem ukrainischen Staat ist es egal, ob jemand mit seinem Arbeitseinkommen ein Haus kaufen oder zumindest mieten kann.

Je eher die Ukraine die Rechtsvorschriften umsetzt und ihre eigenen Garantien den EU-Standards annähert, desto eher wird die Würde der Vertretung unseres Landes in dieser Gemeinschaft wahrgenommen werden. Die vollständige Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta ist unsere Forderung und eine Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft. Das bedeutet, dass wir die soziale Komponente dieser Politik in allen Bereichen anwenden müssen: Gehälter, Renten und soziale Garantien müssen dieser Formel entsprechen.

Während der Verhandlungen werden wir auch über das europäische System der sozialen Sicherheit sprechen. Auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Länder haben wir in der Ukraine ein System solcher Garantien geschaffen. Natürlich wurden sie während des Krieges, während des Kriegsrechts, erheblich "beschnitten". Der Staat löste den entsprechenden Fonds auf, und die einzigen Garantien, die übrig blieben, waren die der Rentenversicherung. Das System wurde zerstört, und zwar nicht wegen des Krieges. Der Grund dafür ist das mangelnde Verständnis bestimmter Beamter für das Problem. Es ist einfach inakzeptabel, die Garantien der Arbeitnehmer auf diese Weise zu demütigen.

Deshalb muss unser Team im Jahr 2024 unter der Schirmherrschaft der europäischen Gewerkschaften lernen, wie man während des Verhandlungsprozesses über den Beitritt der Ukraine zur EU arbeitet. Und zweitens sollte diese Form der Beteiligung für die Gewerkschaften garantiert werden.

Wenn wir motivierende Arbeitsbedingungen für die Ukrainer schaffen, werden wir einen Präzedenzfall für die Rückkehr unserer Emigranten schaffen, die aus verschiedenen Gründen ins Ausland gegangen sind - entweder wegen des Krieges, der Arbeitslosigkeit, der Unzufriedenheit mit der Politik oder den Lebensbedingungen. Wir haben mehr als acht Millionen dieser Menschen. Angesichts des Arbeitskräftebedarfs der Ukraine müssen wir die Ukrainer nicht mit Appellen, sondern mit praktischen Maßnahmen zurückholen.

Es heißt, die internationale Gemeinschaft sei nach dem Krieg in Israel gegenüber der Ukraine kalt geworden?

Das ist richtig. Aber wir versuchen, das Interesse an der Ukraine auf verschiedenen Plattformen wiederzubeleben. Kürzlich habe ich ein Schreiben an den IGB-Generalsekretär und den EGB-Generalsekretär unterzeichnet, in dem ich vorschlage, am 24. Februar, dem Jahrestag der vollständigen Invasion in der Ukraine, eine internationale Videokonferenz abzuhalten. Dies ist eine Art neuerlicher Fokus auf die Ukraine. Es bedeutet weitere politische, finanzielle, militärische und humanitäre Unterstützung. Es bedeutet auch Unterstützung für die Gewerkschaften selbst, damit wir bleiben und weiterhin unsere repräsentative und soziale Funktion erfüllen können. Schließlich brauchen wir auch Unterstützung, um uns gegen unsoziale und arbeitnehmerfeindliche Vorschläge zu wehren, die im Parlament oder in der Regierung auftauchen könnten.

Soweit ich weiß, sind Sie als Leiter der FPU auch Vizepräsident des IGB, Mitglied des Allgemeinen Rates des IGB und Mitglied des IGB-Vorstands?

Ja, das bin ich. Ich bin auch Mitglied des IGB-Exekutivbüros und des EGB-Exekutivausschusses. Ich sage das nicht, um mich zu rühmen, denn vor 10 Jahren konnten meine Kollegen von einem solchen Respekt und Vertrauen in die ukrainischen Gewerkschaften nicht einmal träumen. Dies ist eine sehr hohe Anerkennung, wenn man bedenkt, wie viele Mitgliedsländer diesen Organisationen

angehören. Sie berücksichtigt wahrscheinlich auch die Tatsache, dass die FPU die größte Gewerkschaft in der Ukraine ist und dass der FPU-Vorsitzende auch Vorsitzender des Gemeinsamen Vertretungsgremiums der repräsentativen Gewerkschaften auf nationaler Ebene und Ko-Vorsitzender des Nationalen Dreigliedrigen Sozial- und Wirtschaftsrates auf Gewerkschaftsseite ist. Dies ist also eine Gelegenheit, die Kollegen über die Situation der Gewerkschaftsbewegung in der Ukraine und die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte zu informieren und manchmal auch direkt um Unterstützung zu bitten usw.

Kann dies in die Praxis umgesetzt werden?

Ja, wir haben zum Beispiel 160 Millionen UAH (= 4,3 Millionen US-Dollar) durch verschiedene Geberprogramme aufgebracht, um den Menschen und den Gewerkschaften selbst zu helfen. Was die Ukraine als Ganzes betrifft, so wollen wir den sozialen Dialog in dem Land wiederherstellen, wie er in der EU praktiziert wird. Die hochrangigen Missionen, die uns besucht haben, verstehen nicht, warum es eine solche Einstellung zum sozialen Dialog als einer Form der Interaktion und der Suche nach gemeinsamen Zielen, der Lösung von Problemen und der Konsolidierung gibt. Dies ist die Norm in Europa. Sie verstehen nicht, warum einige Beamte dies nicht akzeptieren und sich dagegen wehren.

So kam es, dass ich während meiner Teilnahme an Gewerkschaftsveranstaltungen in Brüssel, wo sich die Büros des IGB und des EGB befinden, mehrmals mit dem EU-Kommissar für Beschäftigung und Sozialpolitik, Nicolas Schmidt, zusammentraf, der mir mitteilte, dass er einen baldigen Besuch in der Ukraine plane und bei den Treffen zweifellos die Bedeutung des sozialen Dialogs betonen werde. Es ist klar, dass der EGB in dieser Hinsicht bereits verschiedene Instrumente eingesetzt hat: Er hat den Präsidenten der Europäischen Kommission kontaktiert, den Europarat informiert und Briefe an ukrainische Beamte geschickt. Europäische Arbeitgeber und Gewerkschaften schlagen vor, am Vorabend des EU-Ukraine-Gipfels einen Gipfel der Sozialpartner in Kiew abzuhalten. In Europa gibt es die Regel, dass alle sechs Monate Vertreter der Europäischen Kommission, des Europarats, der EU-Kommissare und der Gewerkschaften zu den Menschen kommen, um über ihre Arbeit zu berichten und Pläne für die Zukunft anzukündigen. Wenn wir ein solches Format in der Ukraine einführen würden, würden die Menschen verstehen, was Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften für jeden von ihnen tun.

Der FPU-Rat ist kürzlich zusammengetreten. Was sind die wichtigsten Prioritäten für dieses Jahr?

Zu den obersten Prioritäten gehört die Verlagerung unseres organisatorischen, finanziellen und ressourcenbezogenen Potenzials auf die Unterstützung von Militärs und Kriegsgeschädigten, die an ihren angestammten Arbeitsplatz zurückkehren oder eine Beschäftigung aufnehmen.

Wir wissen, dass die Demobilisierung jetzt vor allem Menschen mit bestimmten körperlichen Schäden betrifft, so dass wir sie und ihre Arbeitgeber in den Unternehmen, in die sie zurückkehren werden, unterstützen müssen.

Als Eigentümer eines Kur-, Erholungs- und Rehabilitationskomplexes haben wir beschlossen, ihn für diese Personengruppe zu nutzen. Dies erfordert jedoch eine Synergie der Bemühungen - von der Regierung, den Gewerkschaften und der Wirtschaft. Und natürlich die internationale Gemeinschaft, wo es möglich wäre, die Mittel aufzubringen, die unser Land so dringend benötigt. Bislang haben wir keine systematische Arbeit und kein Feedback gesehen, also machen wir es auf eigene Faust, im Rahmen unserer Möglichkeiten. Das Ergebnis: Rund 9000 Soldaten wurden in unseren Einrichtungen behandelt. Dazu gehören psychologische Rehabilitation, Erholung und einfach Zeit

mit ihren Familien zu verbringen. Einfache Dinge, die unseren Soldaten die Kraft und die Fähigkeit geben, wieder zu den Waffen zu greifen und das Land zu verteidigen. Wir haben diese Arbeit zu einer Priorität gemacht. Die internen Hausaufgaben, die wir diskutiert haben, waren die Modernisierung der Gewerkschaftsbewegung und der FEU selbst. Denn wir sind noch weit hinter den europäischen Organisationen zurück, wir haben noch viele Überbleibsel des alten Verwaltungs- und Kommandosystems. Lassen Sie uns bei uns selbst anfangen. Mein Traum ist es, eine europäische Föderation zu schaffen, um die FPU mit den Regeln und Vorschriften in Einklang zu bringen, die in europäischen Gemeinschaften gelten. Dort herrschen Transparenz, Demokratie, gegenseitiger Respekt und Integritätsregeln. Die europäischen Statuten enthalten sehr einfache und direkte Verfahrensregeln. In unserem Land ist es leider immer noch möglich, einen Beschluss "schönzureden" und ihn nicht umzusetzen.

Jetzt sind wir bereits Teil der Reihe, die nicht nur an nationalen Rechtsvorschriften, sondern auch an EU-Richtlinien arbeitet. Wir müssen diese Richtlinien sehr gut verstehen, sie kennen und entschlüsseln und unsere eigenen hinzufügen, um all dies auf sinnvolle Weise in nationales Recht umsetzen zu können. Ich gebe zu, das ist nicht einfach. Wir arbeiten schon seit mehr als sechs Monaten daran. Aber wenn wir jetzt kein Transformationsmodell vorschlagen, könnten wir noch fünf Jahre so weitermachen wie bisher. Und wenn wir alles richtig machen, werden wir neue Flügel bekommen, um uns im europäischen Raum sicher zu fühlen.

Arbeiterkämpfe in der Ukraine

Hintergrundartikel von *Jacobin*: [Ukrainische Gewerkschaften sehen sich mit russischer Invasion und einheimischen Angriffen auf Arbeitsrechte konfrontiert](#)

Lieferfahrer wehren sich! Während Bolt Food Streiks in der Ukraine verbieten will...

Quelle: Infos zum Bolzenschuss

(15. Januar 2024) Bolt Food (ein estnischer Essenslieferant) hat erklärt, dass die Ukraine "kein Land ist, in dem man streiken kann", aber es ist eindeutig ein Land, in dem Arbeitgeber junge Gelegenheitsarbeiter bis zum Äußersten ausbeuten können.



as "Koordinationskomitee" der Dnipro-Kuriere gab heute die folgende Erklärung ab.

Die Geschäftsführung von Bolt Food hat mit den neuen "Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Kurierere" ein Frühzeitigkeitsfieber ausgelöst. Ein interessanter Punkt 8.10 war zwischen einem Haufen anderen Unsinn versteckt, in dem es heißt:

Für den Fall, dass der Kurier die Lieferung nicht innerhalb der in Artikel 8.9 genannten Frist vornimmt, erklärt sich der Kurier bereit, 0,5 % des geschuldeten Gesamtbetrags für jeden Tag des Zahlungsverzugs zu zahlen. Der Kurier erstattet Bolt alle angemessenen Kosten (einschließlich der Kosten eines Inkassobüros) sowie alle Verwaltungs-, Rechts- und sonstigen Kosten, die bei der Eintreibung ausstehender Zahlungen entstehen. Die Mindestentschädigung für diese Kosten beträgt 10 €.

Das ist absolut illegal!

Du bist dem Chef nichts schuldig!

Unsere Gewerkschaft schützt Arbeitnehmer unter Kriegsrecht".

Interview mit Volodymyr Kozelsky, Präsident der Freien Gewerkschaft der Ukrainischen Eisenbahnen (VPZU). Quelle: Internationales Arbeitsnetzwerk der Solidarität und des Kampfes



Evakuierung der Verwundeten (Credit: The Guardian)

(14. Januar 2024) Während der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine stellt die *Ukrzaliznytsia* (Ukrainische Eisenbahn) als kritisches Infrastrukturunternehmen den Transport von Passagieren und Gütern 24 Stunden am Tag sicher. Die Mitarbeiter der Eisenbahn tragen durch ihren heldenhaften Einsatz während der Feindseligkeiten und Raketenangriffe zur Verteidigungsfähigkeit des Staates bei.

Vor dem Krieg verhandelte die Gewerkschaft VPZU zusammen mit anderen im ukrainischen Eisenbahnsektor tätigen Gewerkschaftsorganisationen ständig mit der Verwaltung von *Ukrzaliznytsia*, um die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner zu verbessern und ihre Löhne zu erhöhen. Um den rechtlichen und sozialen Schutz der Arbeitsrechte der Gewerkschaftsmitglieder zu regeln, formulierten die gewählten Gremien der VPZU außerdem Vorschläge für Rechtsakte, die dann den zuständigen Ausschüssen des Obersten Rates der Ukraine vorgelegt wurden.

Darüber hinaus ist die VPZU Mitglied des gemeinsamen Vertretungsgremiums der in *Ukrzaliznytsia* tätigen Gewerkschaften für die Unterzeichnung eines neuen (ersten) Tarifvertrags für das Unternehmen, aber derzeit sind die Aktivitäten dieses Gremiums aufgrund des Kriegsrechts im Land ausgesetzt.

Von 2014 bis 2024, während der bewaffneten Aggression Russlands, wurden die Beziehungen zu einer Reihe von VPZU-Gewerkschaftsorganisationen in den Regionen Luhansk, Donezk und Saporischschja sowie in der Autonomen Republik Krim abgebrochen.

Unsere Gewerkschaft ist eine gemeinnützige, autonome öffentliche Organisation, die Bürgerinnen und Bürger mit gemeinsamen Interessen im Rahmen ihrer Berufs- und Arbeitstätigkeit zusammenbringt. Die VPZU hat den Status einer ukrainweiten öffentlichen Organisation/Gewerkschaft, die auf territorialer Basis organisiert ist.

Die Organisationseinheiten der Gewerkschaft sind wie folgt:

- Gewerkschaftliche Basisorganisationen sind freiwillige Zusammenschlüsse von Gewerkschaftsmitgliedern, die im selben Unternehmen arbeiten;
- Die lokalen und regionalen Gewerkschaftsorganisationen sind vereint;
- gewerkschaftliche Basisorganisationen in Eisenbahnunternehmen, Institutionen und Organisationen mit unterschiedlichen strukturellen Untergliederungen der Eisenbahn;
- Gewerkschaften aus Verkehrs-, Bau- und U-Bahn-Unternehmen, Institutionen oder Organisationen;
- Basisgewerkschaften in den Unternehmen, Institutionen und anderen verkehrsbezogenen Sektoren.

Der VPZU hat seine Repräsentativität auf sektoraler Ebene gemäß Artikel 5 des ukrainischen Gesetzes "Über den sozialen Dialog in der Ukraine" bestätigt. Darüber hinaus umfasst der VPZU die Beschäftigten des kommunalen Unternehmens Kyivpastrans (Trolleybus-Depot und Busflotte) in Kyiv, im kommunalen Unternehmen Zhytomyr Tram and Trolleybus in Zhytomyr, im City Trolleybus" in Kryvyi Rih, in Kamianske (Region Dnipropetrovsk), im kommunalen Unternehmen Kharkiv Metro in Kharkiv, wo die Beschäftigten durch die Gewerkschaftsorganisationen des VPZU vertreten werden.



Kiewer Werkstatt für Eisenbahninstandhaltung

Die VPZU ist eine Mitgliedsorganisation des Bundes Freier Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) und arbeitet solidarisch mit der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine (IMU), der Freien Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft der Ukraine (VPONU), der Freien Gewerkschaft der Beschäftigten im

Gesundheitswesen der Ukraine (VPMU) und der Freien Gewerkschaft der Unternehmer [Kleinhändler - Anm. d. Red.] der Ukraine (VPUU) sowie anderen Organisationen des KVPU-Bundes zusammen. Diese Zusammenarbeit erfolgt in Form von:

- Austausch von Informationen über die Anwendung innovativer Methoden;
- Schutz der Arbeitsrechte von Gewerkschaftsmitgliedern;
- gemeinsame Gewerkschaftsaktivitäten zur Verteidigung der Rechte der Mitglieder;
- Gewerkschaften, die von ihren jeweiligen Arbeitgebern verletzt wurden;

- gemeinsame Appelle an die Behörden und die Massenmedien zu den Arbeitsbeziehungen in der Ukraine.

Seit dem 24. Februar 2022 sind die Gewerkschaftsorganisationen des VPZU unter Kriegsrecht tätig und gewährleisten den gesetzlichen und öffentlichen Schutz der Grundrechte der Arbeitnehmer im Einklang mit der geltenden ukrainischen Gesetzgebung.

Der VPZU leistet kontinuierlich humanitäre Hilfe für Gewerkschaftsmitglieder oder Bürger, die von Kriegsrecht und Krieg betroffen sind. Die Gewerkschaftsorganisationen des VPZU leisten auch Hilfe für das Militär, u.a. in Form von Nahrungsmitteln, warmer Kleidung und verschiedener militärischer Munition usw.

Dies ist derzeit die Hauptaufgabe des VPZU.

In dieser Hinsicht wünscht sich die VPZU die Möglichkeit, von der internationalen Arbeiterbewegung je nach ihren Mitteln und ihrem Budget jede Art von Hilfe für den Aufbau von Beziehungen zu erhalten, die in Zukunft aufgebaut werden könnten. **Diejenigen, die bei der Arbeit starben**

Quelle: Vitaliy Dudin, Telegramm-Kanal

(9. Januar 2024) Im Jahr 2023 starben mindestens 195 Menschen bei der Arbeit infolge der russischen Aggression. Allein in einem Rüstungsbetrieb in Kiew starben an einem Tag 32 Arbeiter. Jeder Unfall ist Gegenstand einer Untersuchung. Steht der Tod im Zusammenhang mit der Produktion, kann die Familie eine Versicherungsleistung aus dem Rentenfonds erhalten. Stellt sich heraus, dass der Arbeitgeber gegen die Arbeitsschutznormen verstoßen hat, muss er die Angehörigen auch für immaterielle Schäden entschädigen.

Die Rentenversicherung verweigerte manchmal die Zahlung, weil sie die Ehefrau nicht als Familienmitglied des Verstorbenen anerkannte (auch weil das Opfer eine andere Adresse hatte). Gegen diese Ablehnungen wurde jedoch erfolgreich Widerspruch eingelegt. Ein Beispiel ist der Fall der Klage der Witwe des Opfers eines Raketenangriffs auf das Einkaufszentrum Amstor in Kremenschuk.

Es ist viel schwieriger, den Arbeitgeber für immaterielle Schäden haftbar zu machen. Er hat das Recht, sich darauf zu berufen, dass keine Personen ermittelt wurden, deren Handlungen/Unterlassungen zu der Tragödie beigetragen haben.

Die Regierung muss die Eigentümer verpflichten, mehr für die Rettung von Menschenleben zu tun und die Versicherungszahlungen für die Familien der am stärksten gefährdeten Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie zu erhöhen, was für den Sieg unerlässlich ist **"Unsere Gewerkschaft hat während des Krieges viele Mitglieder verloren**

Von Volodymyr Fundovnyi (Unabhängige Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft der Ukraine, VPONU). Quelle: Internationales Arbeitsnetzwerk der Solidarität und des Kampfes (ILNSS)

(4. Januar 2024) Die Gewerkschaft VPONU hat während des Krieges viele Organisationen und Mitglieder verloren. Auf der Krim und in den Regionen Luhansk, Donezk und Cherson ist der Verlust vollständig, in den Regionen Saporischschja, Lemberg, Sumy, Charkiw und Tschernihiw ist er teilweise.

Trotzdem lebt und arbeitet die Gewerkschaft, schützt weiterhin ihre Mitglieder, hilft den Streitkräften und führt ihre Arbeit im Einklang mit dem ukrainischen Gesetz (über Gewerkschaften, ihre Rechte und Tätigkeitsgarantien) und der Satzung der VPONU aus.

In den letzten Jahren wurde ein neues Gesetz über die allgemeine Sekundarschulbildung verabschiedet. Dieses Gesetz sieht Änderungen in der Organisation des Bildungsprozesses, die Ernennung von Direktoren von Bildungseinrichtungen und eine Erhöhung der Gehälter der Erzieher vor. Aber die Veränderungen sind nur noch schlimmer geworden.

Die Gehälter der Lehrer wurden weder erhöht noch auf drei Mindestgehälter angehoben, und die Lehrerbürokratie wird nur noch vom Leiter der Einrichtung festgelegt, der sogar wegen Mordes verurteilt sein kann.

Es gibt also keinen Grund, über die Verbesserung der Arbeit von Lehrern, Erziehern und Erziehern in vorschulischen Einrichtungen zu sprechen. Während des Kriegsrechts gab es keine Reformen für Erzieher.

Während des Krieges sind viele Lehrer an die Front gegangen und dienen in den Streitkräften. Daher gibt es einen Mangel an Lehrern, und niemand will in Vorschulen arbeiten, vor allem nicht für ein so unzureichendes Gehalt (170 bis 200 Dollar pro Monat).



VPONU-Mitglieder mit dem ILNSS-Banner. Volodymyr Fundovnyi steht auf der linken Seite.

Dies ist die Situation in [Kropyvnytskyi](#).

Was die Schüler betrifft, so werden sie unter normalen Bedingungen ausgebildet, mit Ausnahme der Luftalarme, wenn alle in die Bunker gehen. . .

Die unabhängige Gewerkschaft hat sich immer für den Schutz ihrer Mitglieder eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Das einzige, was hinzugekommen ist, ist die Arbeit mit den Soldaten, die um Hilfe bitten, und wir, die Gewerkschafter, müssen alles tun, um sie zu leisten.

Diese Unterstützung umfasst Lebensmittel, Ausrüstung, Fahrzeuge usw. Der Sieg ist die Priorität der Gewerkschaft. Und dann werden wir uns etwas einfallen lassen.

Was die Zusammenarbeit betrifft, so kann ich darauf hinweisen, dass fast alle Uranbergleute [aus der Region Kirowohrad - Anm. d. Red.] in den ukrainischen Streitkräften kämpfen und wir, einschließlich meiner Person, sehr enge Beziehungen zu ihnen unterhalten. Wir versuchen, den Bergleuten zu helfen, die in der Region Cherson mit der Minenräumung beschäftigt sind, denn die Militärangehörigen, die das Gebiet räumen, tragen Kleidung, die sie nicht schützt.

Deshalb bestehe ich darauf, dass wir heute Uniformen, Helme, Schuhe, Drohnen und Autos, vorzugsweise Jeeps, brauchen.

Natürlich können wir auch das Geld haben, um es vor Ort oder im Ausland zu kaufen. Aber es wäre besser, wenn wir es einfach an sie weitergeben würden, und das wäre eine gute Sache. Nach dem Sieg werden wir uns um den sozialen und wirtschaftlichen Schutz der Mitglieder der Union kümmern. Von heute an ist der *Sieg die* Hauptsache!

[Die Geschichte der VPONU finden Sie hier](#)

Union Kantine für Soldaten

Quelle: Französisches Komitee des Europäischen Netzwerks für Solidarität mit der Ukraine

Die Kantine "Weg der Verteidiger" des Regionalverbands West-Donbass der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine (KVPU) in der Region Dnipro versorgt die Soldaten, die an die Front gehen oder von dort zurückkehren, kostenlos mit Lebensmitteln.



Die Kantine freut sich über Hilfe in Form von Gemüse und Obst, hausgemachten Zubereitungen und anderen Produkten, die bei mehreren Gelegenheiten von den Gewerkschaftskollegen und Anwohnern gesammelt und geliefert wurden. Neulich wurde eine Reihe von Kisten in der Kantine abgegeben. Einem Gewerkschaftsaktivisten zufolge waren es so viele, dass wir beim Zählen einen Fehler gemacht haben.

Doch die Kisten enthielten genau das, was die Kantine brauchte: einen Multikocher, eine Kohltreibe und einen Kartoffelschneider, Küchenbretter, Geschirr sowie Tee, Kaffee und vieles mehr. Das Kantine team bedankt sich herzlich bei der Initiatorin dieser Aktion, Olga Kucheruk, und bei allen, die mitgeholfen haben, für diese großzügige Spende.

Wasserkrise: Juri Samoillow, Gewerkschafter aus Kryvyi Rih, erklärt die Lösung der Gemeinschaft

Quelle: Workers Aid to Ukraine. [Video mit englischen Untertiteln](#)

(Dezember 2023) Guten Tag, ich bin Juri Samoilow, Vorsitzender der unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft in der Stadt Krivyi Rih. Ich möchte über das Thema Ökologie sprechen. Die [Zerstörung des Wasserkraftwerks Kakhovka](#) durch die russischen Besatzer hat die Versorgung mit einfachem Trinkwasser zu einem großen Problem für die Arbeiter gemacht. Trinkwasser ist in der Stadt nicht kostenlos, man kann es nur in Geschäften kaufen.

Generell gab es schon früher ein Problem mit dem Wasser. In Krivyi Rih war die Wasserqualität schon immer nicht besonders gut, weil hier aktiver Bergbau und Mineraliengewinnung betrieben werden. Das Wasser, das derzeit gepumpt wird, befindet sich in einer Tiefe von etwa zwei Kilometern, weil das gesamte andere Wasser verschwunden ist, abgepumpt und in eine Art chemische Verbindung umgewandelt wurde.

Unsere Lösung

Wir sehen eine Lösung des Problems in der Wassergewinnung aus Tiefbrunnen. Die Kapitalisten sind nicht sehr besorgt über diese Angelegenheit; sie betrachten die Wasserversorgung durch das Prisma ihrer Interessen und ihres Profits. Sie machen ein Geschäft daraus, Wasser in Flaschen an diejenigen zu verkaufen, die es sich leisten können. Das ist ihre Entscheidung. Sie wollen auch das Bohren von Brunnen und die Wasserversorgung zu einem Geschäft machen. Sie werden jedes Wasserversorgungsprojekt zu ihrem Profit machen. Die Arbeiterklasse von Krivyi Rih, alle einfachen Menschen, sind der Meinung, dass Wasser nicht zu einer Ware gemacht werden darf. Wasser ist ein Gemeingut.

Es ist notwendig, mit dem Bohren von Brunnen zu beginnen, und diese sollten dem Volk gehören, nicht Privatpersonen. Dies wird die Art des Projekts bestimmen.

Dieses Projekt besteht aus mehreren Komponenten.

Die technische Komponente ist beispielsweise der Kauf von Ausrüstung, d.h. die Beschaffung von Mitteln für eine Bohranlage und Komponenten. Für den Betrieb von Brunnen sind eine Pumpe und eine autarke Stromversorgung erforderlich. Es gibt eine Menge solcher technischer Details, und wir werden sie alle durchdenken.

Es gibt auch organisatorische Fragen. Wer wird bohren, wie wird die Arbeit selbst durchgeführt werden. Wir sehen, dass es sich um ein freiwilliges Bohrteam handeln wird, das durch Zusammenarbeit dankbar sein sollte, sauberes Wasser zu fördern.

Bei guter Organisation ist es möglich, mit einer Bohranlage mindestens einen oder mehrere Brunnen auf einmal zu bohren und auszurüsten. Sauberes Wasser ist wie Luft nicht käuflich.

Sauberes Wasser sollte kostenlos und für jeden zugänglich sein. Das Projekt sollte kostenlos arbeiten.

Auch das Problem des Massenbewusstseins wird gelöst werden: Wir müssen den Menschen erklären, dass nicht nur Luft und Wasser kostenlos sein sollten.

Heute werden alle Grunderzeugnisse in ausreichender Menge für alle hergestellt. Und die Versorgung der Menschen mit Nahrung, sauberem Wasser, Wärme, Lebensmitteln und Basismedizin ist heute kein Problem mehr.

Nicht nur Wasser, sondern alle diese grundlegenden Güter können und sollten als Recht eines jeden Menschen kostenlos sein.

Der Staat, die Regierung und die Kapitalisten wollen dies nicht gewährleisten und können es aufgrund ihres Klassencharakters auch nicht.

Sie wollen, dass Wasser zu einer Ware wird. Sie leben vom Handel mit allen möglichen Vorteilen. Wenn diese Politik fortgesetzt wird, werden unsere Nachkommen entscheiden müssen, woher sie Sauerstoff bekommen, denn er wird bezahlt werden.

Nur die organisierte Arbeiterklasse kann alle mit Grundgütern versorgen.

Es gibt hier auch ein rechtliches Problem, denn die Gesetzgebung zur Förderung innerhalb des ukrainischen Staates macht es sehr problematisch, Wasser zu entnehmen und Bohrungen durchzuführen. In der ukrainischen Verfassung heißt es jedoch, dass die Bodenschätze dem Volk gehören und dass jeder das Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat.

Um die Initiative der Bergarbeitergewerkschaft von Kryvyi Rih zu unterstützen, besuchen Sie uns:

https://chuffed.org/project/workersaidtoulkraine?fbclid=IwAR1kehZ9YNTFBnnchh7whyBEz-nrV_HXMKY2xDm9bDjZWTvDEeBD5bj0cM

Studentische Kämpfe in der Ukraine

Studentenmobilisierung gegen die Schließung der Nationalen Taurid-Universität (Kiew)

Quelle: Studentenvereinigung Priama Diia (Direkte Aktion)

(26. Januar 2024) Am 25. Januar 2024 protestierten Studenten der Nationalen Taurid-Universität gegen die Zusammenlegung ihrer Fakultät mit der Universität und der Kiew-Mohyla-Akademie. Der Protest fand während einer Sitzung des Hochschulpersonals statt, an der der stellvertretende Minister für Bildung und Wissenschaft Mykhailo Vynnytskyi

Der Protest, der von der Studentengewerkschaft Direct Action organisiert wurde, wurde von internationalen Studentenorganisationen, insbesondere aus Polen und Großbritannien, unterstützt.

"Wir haben einen akademischen Rat mit den Studenten abgehalten, und sie haben einstimmig erklärt, dass sie gegen die Wiedervereinigung sind. Die Studentenschaft bereitet derzeit Briefe an hochrangige Beamte des Ministeriums für Bildung und Kultur sowie anderer Ministerien und Abteilungen, einschließlich des Präsidenten der Ukraine, vor. Denn sie sind dagegen. Sie wollen ausschließlich an der Tauridischen Universität studieren, weil die Universität heute für sie zu ihrer pädagogischen und wissenschaftlichen Familie geworden ist. Sie ist die einzige intellektuelle

Verbindung zur Krim", sagte der Rektor der Universität, Valery Bortniak. **Nein zur Schließung der Tauridischen Nationalen Universität!**

Quelle: Studentenvereinigung Priama Diia (Direkte Aktion)

(16. Januar 2024) Vor kurzem haben wir erfahren, dass das ukrainische Ministerium für Bildung und Wissenschaft plant, die [Nationale Tauridische Universität](#) (TNU) zu "reorganisieren", d.h. sie mit der Nationalen Akademie Kiew-Mohyla (KMA) zusammenzulegen. Das bedeutet, dass alle Studenten und alle Gebäude der KMA-Verwaltung zur Verfügung gestellt werden und die TNU damit praktisch zerstört wird. Für die Studenten bedeutet dies, dass sie ihre Autonomie, ihre Subjektivität und ihre einzigartigen Spezialitäten verlieren und einer ungewissen Zukunft entgegensehen.

Die TNU ist die einzige Universität auf der Krim, der es gelungen ist, von der Krim in die von der Ukraine kontrollierten Gebieten. Nur hier können die Studenten die krimtatarische Sprache lernen.

Hundertjahrfeier der Nationalen Tauridischen Universität

Die Studenten, die sich der Universität angeschlossen haben, sehen sich gezwungen, sich einer



anderen Universität anzuschließen, ohne die Garantie, dass sie ihre Fachgebiete, ihre alten Studiengebühren und Wohnheimplätze behalten können.

Alles, was das Ministerium für Bildung und Wissenschaft vorschlägt, ist, dass wir "ihnen vertrauen"...?

Die Pläne des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft haben bei den Studierenden der Universität tiefe Empörung ausgelöst: Sie sind entschieden gegen die Auflösung ihrer Universität und betonen zu Recht deren Bedeutung für die Erhaltung der kulturellen Vielfalt und der einzigartigen Bildungsmöglichkeiten, die sie bietet.

Dies ist nicht das erste Mal, dass derartige "Umstrukturierungen" stattfinden - es handelt sich um ein systematisches Problem. Letztes Jahr wurde die Nationale Universität für Bauwesen und Architektur in Charkiw durch ihre Fusion mit der Universität für Kommunalwirtschaft aufgelöst. In ähnlicher Weise wollte das Ministerium für Bildung und Wissenschaft die Ukrainische Akademie für Druckerei durch ihre Angliederung an die Nationale Universität Lviv zerstören. Doch dank der Solidarität und der Mobilisierung der Studenten konnte sie glücklicherweise verteidigt werden. Im selben Jahr wurde das Problem der "Umstrukturierungen" immer wichtiger: Es betraf nicht nur die TNU, sondern auch die [Nationale Pädagogische Universität HS Skovoroda Charkiw](#) (KHNPU), die [Staatliche Umweltuniversität Odesa](#) (ODEKU), die [Ukrainische Akademie für Ingenieurpädagogik](#) (UIPA) und die [Nationale Luftfahrtuniversität](#) (NAU), so dass diese Liste nicht nur die TNU betrifft.

Während der groß angelegten Aggression Russlands gegen die Ukraine sind die Universitäten wichtiger denn je: In den Studentenwohnheimen sind viele gewaltsam vertriebene Menschen untergebracht, und eine hochwertige Fachausbildung ist für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg sehr wichtig. In einem Artikel von Oleksandr Kostyuk, einem Doktor der Wirtschaftswissenschaften, weist der Autor darauf hin, dass der Staat die gesamte Last des Bildungswesens übernehmen sollte, um ein effizientes System der Weiterbildung für Menschen zu schaffen, die bereits auf dem Arbeitsmarkt sind oder demnächst in diesen eintreten werden, darunter auch junge Menschen.

Allein durch solche Investitionen in die Hochschulbildung könnte das BIP des Landes bis 2030 um 1,8 % bis 2,1 % wachsen. Gleichzeitig bietet der ukrainische Privatsektor derzeit nur 2 % seiner Beschäftigten lebenslanges Lernen an. In dieser Hinsicht liegt die Ukraine in der Nähe von Ghana und Kenia. Die Verringerung der Zahl der Universitäten steht im Widerspruch zu dieser Vision, verschärft nur die bestehenden Probleme und bietet kein vielversprechendes Modell für eine effektive Nachkriegsbildung.

Es wurde eine internationale Petition für Einzelunterzeichner mit Links zur Hochschulwelt vorbereitet. Sie [können die Petition hier aufrufen](#) und ausgefüllte Exemplare an tauride2024@gmail.com schicken.

Wir sind Studenten, die von dieser kriminellen Offensive des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft direkt betroffen sind. Wir, die Studenten der Nationalen Universität Tauride und die Mitglieder der unabhängigen Studentengewerkschaft Direct Action, haben uns zusammengeschlossen, um auf das Problem aufmerksam zu machen und gegen die ungeheuerliche Initiative des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft zu kämpfen. Die Studenten der bedrohten Bildungseinrichtungen brauchen jetzt dringend Solidarität und Zusammenarbeit, weshalb wir Sie dringend bitten, die Informationen über diesen beispiellosen Fall mit allen Mitteln zu verbreiten

Regierung bereitet "Reform" zur Streichung von Stipendien vor

Quelle: Pressemitteilung der Studentenvereinigung Priama Diia (Direkte Aktion)

(10. Januar 2024) Die Regierung hat eine "Reform" vorbereitet, die die teilweise Streichung von Stipendien vorsieht.

Die wichtigsten Punkte der "Reform":

1. Teilweise Abschaffung der staatlich finanzierten Ausbildungsform. Nur noch 25 % der Studierenden in mehreren vorrangigen Fachrichtungen werden aus dem Staatshaushalt finanziert, wobei die Verpflichtung besteht, nach dem Abschluss zu arbeiten.
2. Es ist geplant, so genannte "staatliche Zuschüsse" zu gewähren, die die Kosten der Ausbildung nur teilweise decken. Gleichzeitig werden Studenten, die diese Form des Studiums wählen, keine Stipendien erhalten.
3. Alle anderen Studierenden studieren auf eigene Kosten oder mit Hilfe eines zinsgünstigen Langzeitdarlehens.

Diese "Reform" hat nichts mit der Verbesserung der Situation der Schüler während des Krieges zu tun. Ihr eigentliches Ziel ist die Kürzung von Mitteln und sozialer Unterstützung für die Jugend des Landes.

Dies ist eine weitere studentenfeindliche Initiative des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, die eine noch größere Abwanderung der ukrainischen Jugend in die EU-Länder (wo ausländische Studenten auf Staatskosten studieren) bewirken wird.

2023, ein Jahr des studentischen Kampfes

Quelle: Priama Diia -Direct Action)

(31. Dezember 2023) Im vergangenen Jahr standen wir vor einer Reihe von schwierigen Herausforderungen. Inmitten der Schrecken und der Zerstörung des Krieges kam die Studentengemeinschaft mit dem Wunsch zusammen, den Opfern des Krieges zu helfen, Unterstützung zu leisten, der Armee zu helfen und sich in ihre Reihen einzureihen.

Die neue Generation der unabhängigen Gewerkschaft Direct Action entstand auf der Grundlage einer großen sozialen Krise.

Die neue Direkte Aktion geht auf Proteste von Studenten der ukrainischen Akademie für Druckerei zurück, denen es gelungen ist, die Fusion ihrer Universität mit der Nationalen Universität Lviv zu verhindern;

Dank der Bemühungen der Gewerkschaft konnte die Studentin Karina Chmeliuk, die jetzt aktives Mitglied von Direct Action ist, von der besetzten Krim in die von der Regierung kontrollierten Gebiete zurückgebracht werden.

Die Kampagne "Studenten - Akademiker!" wurde ins Leben gerufen, um auf das Problem der Beurlaubung von öffentlich finanzierten Studenten aufmerksam zu machen.

Die Studenten organisierten eine Veranstaltung mit dem Titel "Woche gegen Faschismus", bei der sie uns daran erinnerten, dass der Widerstand gegen hasserfüllte Ideologien immer noch aktuell ist.

Wir haben uns zu Säuberungsaktionen versammelt, um zu zeigen, dass Umweltschutz ein Thema ist, das alle gesellschaftlichen Gruppen betreffen sollte, auch Studenten.

Gemeinsam mit dem Studentenrat des Fachbereichs Psychologie der Universität Karazin haben wir eine Broschüre zur Bekämpfung von psychischer Gewalt durch Lehrer erstellt.

Wir starteten eine Aktion, in der wir die Umgestaltung der leer stehenden russischen Botschaft in ein öffentlich zugängliches Jugendzentrum forderten.

Die Teilnahme an den Demonstrationen gegen die Beschlagnahme des Gebäudes der Kiewer Nationalen I. K. Karpenko-Karyi Universität für Theater, Kino und Fernsehen (KNUKiT) durch Plünderer endete mit einem Sieg der Studenten.

Wir haben an der Gründung des "Studentenkomitees des 11. Oktober" mitgewirkt, um den Einbau von Fenstern und Türen an der Nationalen Universität Lemberg zu überprüfen, und dann haben wir Schutzräume an Universitäten inspiziert.

Wir beteiligten uns an den Protesten gegen die Chauvinistin Iryna Farion und forderten ihre Entlassung von ihrer Professur am Lemberger Polytechnikum.

Wir organisierten eine Demonstration an der Kiewer Internationalen Universität (KyMU) gegen die Entscheidung der Verwaltung, Studenten für ihr Fernbleiben vom Unterricht Gebühren zu berechnen.

Wir haben mit Ihnen gesprochen, wir haben protestiert, wir haben gehandelt, wir haben uns freiwillig gemeldet, wir haben Interviews gegeben, wir haben an Konferenzen teilgenommen, wir haben zugehört, wir haben uns um Sie gekümmert, und wir haben nicht die Absicht, 2024 aufzuhören. Wir haben viel Arbeit vor uns, und wir können die vor uns liegenden Herausforderungen nur mit vereinten Kräften bewältigen.

Wir hoffen, dass Sie im kommenden Jahr die Bedeutung Ihrer Rechte nicht vergessen und sich daran erinnern, dass der wirksamste Weg, diese Rechte zu garantieren, in direkten Aktionen besteht.

Ehre und Ruhm denjenigen, die uns verteidigen und uns die Möglichkeit geben, diesen Tag in Frieden in einem vertrauten Kreis zu verbringen.

Tod dem Kaiserreich, frohes neues Jahr!

Universitäten: eine rein neoliberale Reform

Quelle: Medienmitteilung der Studentenvereinigung Direct Action

(28. Dezember 2023) Die Studentengewerkschaft Direct Action prangert ein Reformprojekt an der Universität an und erläutert dessen Inhalt in einem langen Dokument. Nachstehend Auszüge zu bestimmten Punkten der "Reform".

Kürzlich gab der stellvertretende Minister für Bildung und Wissenschaft der Ukraine, Mykhailo Vynnytskyi, neue Einzelheiten über die geplanten Änderungen im Bildungssystem bekannt.

Wieder einmal erfährt die Öffentlichkeit die Merkmale der Strukturreformen indirekt, durch Interviews, und nicht durch die direkte Teilnahme an einer öffentlichen Debatte. Diese Situation beunruhigt bereits bestimmte Gruppen von besorgten Bürgern: insbesondere die Gewerkschaft der Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft, der Hochschulrat und der Jugendrat, die ein transparenteres Kommunikationssystem fordern und sich zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium bereit erklärt haben.

Direct Action teilt die Besorgnis über diese "Schatten"-Arbeit von Staatsbediensteten. Von welchen Innovationen hat uns Mykhailo Vynnytskyi erzählt?

Herr Vynnytskyi äußerte die folgende Meinung: "Wenn ein Student für seine Ausbildung bezahlt, steigt der Wert dieser Ausbildung für ihn. Er versteht, dass er selbst in dieses Projekt investiert."

Über Stipendien

Mykhailo Vynnytskyi weist zu Recht darauf hin, dass die Stipendien in der Ukraine extrem niedrig sind und den Bedürfnissen der Studenten nicht gerecht werden. Das neue System bietet eine Lösung für dieses Problem, indem es die Zahl der Stipendienempfänger auf eine ausgewählte Gruppe reduziert, deren Ausbildung vollständig vom Staat finanziert wird. Dabei handelt es sich in erster Linie um Fachrichtungen von strategischer Bedeutung, wie Ärzte, Elektroingenieure, Lehrer und Beschäftigte im Verkehrssektor, während "weniger wichtige" Fachrichtungen nicht in den Genuss von Stipendien kommen. Darüber hinaus besteht die Lösung nach Angaben des Ministeriums in einem Stipendiensystem, das die Studiengebühren im Verhältnis zu den Prüfungsergebnissen abdecken soll.

Ausbildung des Lehrpersonals

Direct Action war überrascht von den Bemerkungen über die Notwendigkeit eines Wettbewerbs nicht nur um Studenten, sondern auch um Lehrer. Dem stellvertretenden Minister zufolge sind die niedrigen Gehälter der Lehrkräfte auf eine Art Marktsättigung zurückzuführen. Mit anderen Worten, es gibt zu viele Lehrer und nicht genug Studenten - wir brauchen Wettbewerb, damit nur gute Einrichtungen und die besten Lehrer auf dem Arbeitsmarkt bleiben.

"Lehrende, die keine wissenschaftlichen und pädagogischen Erfolge vorweisen können, werden so schlecht bezahlt, dass es sich für sie nicht mehr lohnt, für ein einfaches Gehalt an der Universität zu arbeiten."

Anstatt sich um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte zu kümmern und das Problem der Überstunden zu lösen, schlägt die Regierung wieder einmal unerwartet Kürzungen vor.

Die Probleme der neuen Bildungs "reform" bleiben dieselben: mangelnde Transparenz, fehlende konkrete Informationen und eine Reihe von geplanten Kürzungen.

Versuche, unser Bildungssystem zu verbessern, müssen unterstützt, öffentlich und unter Beteiligung der Interessierten, vor allem der Schüler und Lehrer, diskutiert werden. Wie die Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Aktivitäten einer Reihe von Studentenorganisationen, denen wir angehören, zeigen, ist die einzige Frage, ob das Ministerium dazu bereit ist.

Verringerung der Zahl der Universitäten

Der stellvertretende Bildungsminister begrüßt das Ziel, die Zahl der öffentlichen Bildungseinrichtungen von 170 auf 100 zu reduzieren, da die Zahl der Studenten im Land zu niedrig sei und die bisherige Bildungsinfrastruktur nicht mehr benötigt werde.

Weitere Nachrichten über die Arbeit in der Ukraine

Ukraine: Wer hat versucht, den prominenten Journalisten Juri Nikolow einzuschüchtern?

Quelle: International Federation of Journalists

(16. Januar 2024) Der ukrainische Enthüllungsjournalist Yurii Nikolov sagte am Montag, er habe Besuch von Unbekannten bekommen, die ihn bedrohten. Die Internationale und die Europäische Journalistenföderation (IFJ-EFJ) und ihre Mitgliedsorganisationen in der Ukraine, NUJU und IMTUU, fordern die ukrainischen Behörden auf, die Urheber der Drohungen zu identifizieren und den Schutz des Journalisten zu gewährleisten.



Nikolov ist Mitbegründer und Redakteur des investigativen Medienprojekts [Nashi Groshi](#). Er ist bekannt für seine Ermittlungen zur Aufdeckung von Korruption im öffentlichen Auftragswesen der Ukraine, darunter auch im Verteidigungsministerium. Nikolovs Untersuchungen über überhöhte Preise für Lebensmittel und minderwertige Winterjacken für das Militär führten zum Sturz des früheren Verteidigungsministers Oleksii Reznikov.

Am späten Sonntag näherten sich zwei nicht identifizierte Männer Nikolovs Wohnung in Kiew, hämmerten an seine Tür und griffen ihn verbal an, so der Journalist auf Facebook. Er fügte hinzu,

dass zum Zeitpunkt dieses bedrohlichen Besuchs nur seine ältere Mutter zu Hause war. Dem Journalisten zufolge erschien fünfzehn Minuten später auf dem anonymen Telegramm-Kanal Kartochnyy Ofis, der angeblich mit dem Präsidialamt in Verbindung steht, ein Posting mit Filmmaterial von der Szene. Auf dem Video ist ein Mann zu sehen, der an eine Tür klopft, die mit Zetteln mit der Aufschrift "Verräter, (Wehrdienst-)Verweigerer" und anderen verbalen Angriffen beklebt ist, und jemanden auffordert, die Tür zu öffnen. In dem Video ist die Stimme eines anderen Mannes zu hören, der ebenfalls an die Tür klopft und aggressiv schreit.

Die Polizei teilte mit, sie sei dabei, die Einzelheiten des Vorfalls zu klären.

In einem Posting eines anonymen pro-Zelenskyy-Telegram-Kanals namens "Office of Cards" hieß es, das Eindringen sei von Soldaten durchgeführt worden, die von der Front zurückgekommen seien. In dem Beitrag wurde Nikolov heftig kritisiert. In einer Rede im Staatsfernsehen betonte Nikolov, dass dieser anonyme Beitrag den Eindruck erwecke, der Vorfall stehe im Zusammenhang mit seinen abfälligen Äußerungen über den ukrainischen Präsidenten.

IMTUU verurteilt die Belästigung, Verfolgung und Behinderung des Journalisten. Die Gewerkschaft vermutet, dass die Entourage des ukrainischen Präsidenten hinter den Drohungen steckt: "Es scheint, dass einige Regierungsbeamte beschlossen haben, Journalisten über

anonyme Telegram-Kanäle anzugreifen", sagte IMTUU-Präsident Serhiy Shturkhetsky. "Nach dem Journalisten Wladislaw Sydorenko haben sie es im Dezember auf den Journalisten Juri Nikolow abgesehen. Wenn die ukrainischen Behörden wirklich nicht in diese Angriffe verwickelt sind, müssen sie eine rasche Untersuchung in Auftrag geben und die Täter und Drahtzieher bestrafen."

"Die Einschüchterung von Enthüllungsjournalisten ist inakzeptabel", sagte NUJU-Präsident Serhiy Tomilenko. "Wenn ein prominenter Journalist auf diese Weise unter Druck gesetzt wird, hat dies eine abschreckende Wirkung auf alle Journalisten. Wir fordern die Polizei auf, diesen Fall umgehend zu untersuchen und Jurij Nikolov zu schützen."

Jaroslav Jurtschyn, ein Oppositionsabgeordneter, der den parlamentarischen Ausschuss für Meinungsfreiheit in der Ukraine leitet, sagte, er sei der Ansicht, dass der Vorfall die rechtliche Definition für die Behinderung der Arbeit eines Journalisten erfülle.

Sind selbstgebaute Drohnen die Antwort?

Quelle: Vitaliy Dudin, Telegramm-Kanal



(15. Januar 2023) In der Ukraine wurde das Projekt "People's Drone" von [Victory Drones](#), das zum [Dignitas-Fonds für technologische Unterstützung gehört](#), ins Leben gerufen, in dessen Rahmen die Ukrainer lernen können, wie man FPV-Drohnen zu Hause baut.

Dies gab der ukrainische Minister für digitale Transformation Mykhailo Fedorov bekannt.

Er erklärte, dass "People's Drone" ein Technikkurs ist, in dem man lernt, wie man eine FPV-Drohne zu Hause

zusammenbaut.

"Während der Ausbildung haben Sie Zugang zu Vorlesungen, es gibt Zoom-Telekonferenzen mit Referenten, eine Liste von Bauteilen und eine Reihe von Werkzeugen und Materialien, die Sie kaufen können, sowie Zugang zur Ingenieurgemeinschaft, wo Sie sich beraten lassen und Fragen stellen können", sagte der Minister.

Hier ist die Antwort von Vitaliy Dudin auf dieses Projekt:

Die Idee von Herrn Fedorov, Drohnen im eigenen Land zu montieren, ist eine verpasste Chance, eine Rüstungsindustrie aufzubauen, die viele geschützte Arbeitsplätze bieten würde.

Solche von sozialen Prioritäten losgelösten Entscheidungen stellen eine Karikatur der Kriegswirtschaft dar. Warum koordiniert der Staat nicht die Schaffung großer Fabriken, in denen Arbeitslose beschäftigt werden können? Genau das hat die britische Regierung während des Zweiten Weltkriegs getan. Damals stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 4,5 Millionen auf 7,5 Millionen.

Die Einstellung im Rahmen eines Arbeitsvertrags ermöglicht es, die Qualität der Arbeit zu kontrollieren und Steuern in den Haushalt einzuzahlen. Aber der Minister glaubt an das Wunder der Gig-Economy und schlägt vor, sich auf das Crowdsourcing-Modell [Outsourcing mit Personen außerhalb des Unternehmens] zu beschränken.

Erlauben Sie mir, Sie daran zu erinnern, dass das ultraliberale [DiyaCity-Gesetz](#) [Steuerbefreiung für die Hightech-Industrie], das 2021 auf sein Drängen hin verabschiedet wurde, die versteckte Beschäftigung in der IT-Branche nicht beseitigt hat. Nur 1000 Menschen arbeiten dort mit einem Arbeitsvertrag.

Solidarität mit den Arbeitnehmern und Gewerkschaften der Ukraine

Antrag auf Beitritt zur Ukraine-Solidaritätskampagne Schottland

Vereinbart auf dem Dumfries and Galloway Trade Union Congress zur Vorlage beim Scottish Trade Union Congress (17.-19. April, Dundee).

(22. Januar 2024) Ukraine - Unterstützung der ukrainischen Gewerkschaften und Beitritt zur ukrainischen Solidaritätskampagne Schottland



Der Kongress bekräftigt seine Unterstützung für die ukrainischen freien Gewerkschaftsverbände KVPU und FPU in ihrer Entschlossenheit, das ukrainische Volk gegen die mörderischen Angriffe der russischen Streitkräfte zu verteidigen und die russischen Invasoren aus dem ukrainischen Gebiet zu vertreiben.

Der Kongress betrachtet den Krieg in der Ukraine als einen Kampf für die nationale Befreiung.

Der Kongress beschließt, der Ukraine-Solidaritätskampagne Schottland beizutreten.

Projekt des schweizerisch-ukrainischen Solidaritätskomitees für Donezk

Quelle: Comité Ukraine Suisse

(Dezember 2023) Das schweizerisch-ukrainische Solidaritätskomitee lanciert zum Jahresende eine Spendenaktion für ein Projekt der NGO Base UA, die mit Jugendlichen in der Region Donezk nahe der Frontlinie arbeitet.

Die Base UA arbeitet seit April 2023 mit Kindern und Jugendlichen. Sie organisiert insbesondere Mal-, Zeichen- und Bildhauerworkshops in verschiedenen Städten und Dörfern. Ziel dieser Aktivitäten ist es, den jungen Menschen in der Region Zeit zu geben, über etwas anderes nachzudenken als über den Krieg, der seit fast zwei Jahren vor ihren Augen stattfindet und in ihr Leben eindringt.

Seit September 2023 hat das Kulturteam von Base UA in der Stadt Kramatorsk ein Zentrum mit dem Namen Terykon (wörtlich: die Halde, denn die Region Donezk ist eine Bergbauregion und Halden sind ein wesentlicher Bestandteil ihrer Landschaft) eingerichtet. Ziel ist es, einen Raum zu schaffen, der sowohl offen als auch sicher ist, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne.

Der Verein möchte, dass die Kinder dort neue Aktivitäten erlernen können (bildende Kunst, Fotografie, Animation, Theater, Fremdsprachen usw.), sich mit Freunden treffen, gemeinsam

einen Film ansehen, Spiele spielen oder einfach nur entspannen. Sie möchte auch einen Raum schaffen, den die Nutzer ihr Eigen nennen können.



Um das Terykon-Kulturzentrum auszustatten, benötigt die NRO Base UA Ausrüstung, um einen Raum zu schaffen, in dem sie Workshops durchführen und Unterricht geben kann.

Um Base UA dabei zu helfen, starten wir eine Spendenkampagne, um einen Teil der benötigten Ausrüstung zu kaufen (u. a. Matratzen, Laptops, Kopfhörer, einen Projektor und eine Leinwand, Lautsprecher, einen Töpferofen, elektrische Heizgeräte, eine elektrische Bohrmaschine und einen Schraubenzieher, einen Fotoapparat, Aquarell- und Pastellpapier, Linoleum für Linolschnitte, usw.).

Bitte überweisen Sie Ihre Spende über die Wemakeit-Sammelaktion oder direkt auf unser Bankkonto mit dem Vermerk "Weihnachtssammelaktion".

Weitere Informationen über den Verein Base UA und seine Aktivitäten (Website auf Englisch, Deutsch und Ukrainisch): <https://baseua.org/>

Arbeiterkämpfe in Belarus

Weißrussland: Gewerkschafterinnen im Gefängnis

Quelle: [Salidarnast](#)



(10. Januar 2024) Seit fast drei Jahrzehnten ist Weißrussland Weltmeister im Verletzen grundlegender Menschenrechte, einschließlich des Rechts der Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit. Weißrussland wird unter den zehn schlimmsten Ländern für Arbeitnehmer genannt. Während des Massenaufstands der Belarussen gegen Lukaschenko und sein Regime im Jahr 2020 forderten die

Arbeiter die Diktatur mit der Androhung eines Generalstreiks heraus. Das Regime setzte herausragende Repressionen gegen die Zivilgesellschaft, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ein. **Frauengefängnis, Belarus**

Darüber hinaus hat Lukaschenko Weißrussland in den Krieg hineingezogen, indem er einen anderen Diktator, Putin, gegen das ukrainische Volk unterstützte. Und es war die demokratische Organisation der Arbeitnehmer, der Belarussische Kongress der Demokratischen Gewerkschaften, die die entschiedene Antikriegsposition der belarussischen Arbeitnehmer zum Ausdruck brachte. Die Folge waren massive Verhaftungen und strafrechtliche Anklagen gegen Gewerkschafts- und Arbeiterführer im April 2022. Darüber hinaus wurde Weißrussland ab Juli 2022 zu einem Land ohne Gewerkschaften, als alle demokratischen Gewerkschaften aufgelöst

wurden. Die Diktatur in Weißrussland, in der jede Aktivität als Extremismus und Terrorismus abgestempelt wird, hört nicht auf, die Zivilgesellschaft zu unterdrücken.



Gewerkschafter im Gefängnis

Siebenundvierzig belarussische Genossinnen und Genossen von uns sitzen in Gefängnissen und Strafkolonien in Belarus, verurteilt wegen Hochverrats, Verleumdung des Staates, Teilnahme an und Unterstützung von extremistischen Aktivitäten, mit Haftstrafen von bis zu 15 Jahren. Unter ihnen befinden sich bekannte Gewerkschaftsvertreter wie Aliaksandr Yarashuk (Bild), der Vorsitzende des

BKDP, Vizepräsident des IGB und Mitglied des Verwaltungsrats der Internationalen Arbeitsorganisation.

Unter den Inhaftierten sind auch Gewerkschafterinnen und ältere Menschen. Und viele von ihnen werden als Extremisten, einige sogar als Terroristen bezeichnet. Auch die Gewänder der politischen Gefangenen sind gekennzeichnet. Traurigerweise mit gelben Etiketten. Politische Gefangene werden ständig gefoltert und schwer bestraft, indem sie in Isolationshaft in kalten Zellen untergebracht werden. Zwangsarbeit für politische Gefangene ohne jede Spur von Arbeitsschutz, oft in der Holz- und Textilindustrie, ist in den Strafkolonien weit verbreitet, um die Gefangenen zu gesetzestreuen Bürgern zu machen, so der Staat.

Weibliche gewerkschaftliche politische Gefangene



Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Viasna gab es am 25. Dezember 2023 in Belarus 1496 politische Gefangene, darunter 174 Frauen. Seit 2020 sind mindestens 895 Frauen aus politischen Gründen verfolgt worden.

Unter den weiblichen politischen Gefangenen befinden sich heute mindestens acht Aktivistinnen und Führerinnen unabhängiger Gewerkschaften in belarussischen Gefängnissen und Strafkolonien: Hanna Ablab (im Bild), Zinaida Mikhniuk, Volha Brytsikava, Volha Barushka, Hanna Karneyenka, Sviatlana Sakovich, Palina Sharenda-Panasiuk und Halina Smirnova.

Wegen ihrer Aktivitäten haben sie ihre Freiheit verloren. Wie viele belarussische Frauen rebellierten sie gegen Ungerechtigkeit und Diktatur. Im Jahr 2020 marschierten viele Frauen nach den gefälschten Wahlen bei den Protesten gegen Wahlbetrug in der ersten Reihe, im Kampf gegen den Diktator, im Kampf für die Freiheit. Sie forderten nicht nur freie Wahlen, sondern auch die Befreiung von autoritären Strukturen, die Befreiung von einer repressiven Männlichkeit, die Teil von Lukaschenkos Ideologie und Machtbasis ist. Bei ihrem Protest ging es um Gleichheit, Respekt und Selbstbestimmung.

Sie wurden für ihren Protest zu Haftstrafen zwischen zwei und elf Jahren verurteilt. Unsere Solidarität und weltweite Unterstützung hilft ihnen und ihren Familien in dieser schwierigen Zeit, in der das Regime sie ins Gefängnis sperrt und nichts weniger will, als dass die Welt sie und ihre Namen vergisst.

Wir teilen hier die Geschichten unserer Schwestern.

Palina Scharenda-Panasiuk

Palina ist eine öffentliche und gewerkschaftliche Aktivistin aus Brest, die am 3. Januar 2021 verhaftet wurde. Die Mutter von zwei minderjährigen Söhnen wurde aufgrund mehrerer Artikel des Strafgesetzbuches verurteilt. Ende Februar 2022 wurde gegen sie ein Strafverfahren nach Artikel 411 Teil 2 des Strafgesetzbuchs (böswilliger Ungehorsam gegenüber der Kolonieverwaltung) eingeleitet. Am 9. Oktober 2023 befand das Gericht Palina gemäß Artikel 411 Teil 2 des Strafgesetzbuchs für schuldig und verurteilte sie zu einem weiteren Jahr



Kolonieaufenthalt zusätzlich zu den drei Jahren, die sie 2021 erhalten hatte. Bei der ersten Gerichtsverhandlung berichtete sie von Schlägen in der Zarečanskaya-Strafkolonie: Ihr Gesicht und ihre inneren Organe wurden schwer verletzt.

Palinas Familie musste Weißrussland verlassen und war nach Litauen geflohen; sie kämpft dafür, dass ihr Fall in der Öffentlichkeit bekannt wird, und setzt sich für ihre baldige Freilassung ein.

Es gibt Belege dafür, dass weibliche politische Gefangene regelmäßig in einem Zuchthaus untergebracht werden - einer geschlossenen Zelle mit niedriger Temperatur, in der sie keine Korrespondenz, keine Pakete von der Familie und keine persönlichen Gegenstände, keine warme Kleidung und auch keine Bettwäsche erhalten. Obwohl die genauen Einzelheiten nicht immer bekannt sind und es manchmal nicht möglich ist, öffentlich darüber zu sprechen, finden solche Informationen ihren Weg außerhalb des Gefängnisses. Der Status, den Palina erhalten hat - "böswillig" - bringt zusätzliche Einschränkungen für die Gefangenen mit sich, von denen die wichtigste die Reduzierung der "Einkäufe im Gefängnis" auf zwei Basiswerte ist (74 Rubel oder 20 Euro pro Monat). Wie die Gefangenen anmerken, ist es sehr schwierig, von diesem Geld ohne Gehalt und ohne Pakete von der Familie in der Kolonie zu leben.

Hanna Karneyenka

Hanna ist Mitglied der Freien Gewerkschaft der Metallarbeiter und ehemalige Buchhalterin des nach Vavilov benannten Minsker Elektrotechnischen Werks. Sie wurde nach Protesten am Arbeitsplatz im Jahr 2020 entlassen, und ihre Gewerkschaft verklagte das Unternehmen wegen ihrer illegalen Entlassung. Hanna war zu fünf Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt worden, weil sie angeblich persönliche Daten von Staatsbediensteten weitergegeben hatte. Sie wurde in Gewahrsam genommen, als ihr neugeborenes Baby drei Monate alt war. Ihr Ehemann tut sein Bestes, um sich allein um die beiden Kinder zu kümmern. Hanna steht auf der Liste der Terroristen.

Wolha Brytsikava

Volha ist die Vorsitzende der unabhängigen belarussischen Gewerkschaft der Bergleute und Chemiarbeiter in der [Ölraffinerie Naftan](#). 2022, mit Beginn des Krieges in der Ukraine, wurde Volha wegen ihrer Antikriegsposition verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Während ihrer Haftzeit wurde sie fünfmal zu jeweils 15 Tagen verurteilt. Nachdem Volha freigelassen wurde, half sie weiterhin ihren Kameraden. Und als alle unabhängigen Gewerkschaften aufgelöst wurden, war sie eine der wenigen verbliebenen Gewerkschaftsführer, die das Land nicht verlassen haben. Im August 2023 verhaftete das Regime sie und ein paar andere Genossinnen und Genossen. Jetzt befindet sie sich in einem Untersuchungsgefängnis des KGB in Minsk, wo ihr mindestens sechs Jahre Haft drohen. Seitdem gibt es nicht viele Informationen über sie. Es werden immer wieder Arbeiter von Naftan verhaftet, und die Genossen von Volha bringen dies mit ihrem Fall in Verbindung.



Hanna Ablab

Unter unseren Genossen ist Hanna diejenige mit der längsten Haftstrafe - elf Jahre wegen Hochverrats und Verleumdung des Staates. Sie arbeitete für die belarussischen Staatsbahnen und gehörte der Arbeiterinitiative Rabochy Rukh an. Hanna hat während der Gerichtsverhandlung ihre Schuld bestritten. Die Mutter von drei Kindern wurde vor kurzem aus dem Untersuchungsgefängnis in eine der Frauen-Strafkolonien verlegt.

Strafkolonien oder Zwangsarbeitslager

Die Orte, an denen weibliche politische Gefangene festgehalten werden, sind Strafkolonien, in denen sie arbeiten sollen. Die Arbeit der politischen Gefangenen ist nichts anderes als Zwangsarbeit ohne Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften, ohne angemessene Bezahlung (oft weniger als ein Euro pro Monat), meist in der Textilindustrie. Im Falle der weiblichen Gefangenen beträgt die Arbeitsschicht acht Stunden in einer Näherei, in der Uniformen für das Militär, wahrscheinlich für die russische Armee, oder für die belarussische Polizei hergestellt werden.

Gewerkschaft im Exil

Viele Gewerkschafter mussten vor dem diktatorischen Regime fliehen und setzten ihre Arbeit im Exil fort. So gründeten sie im Exil in der freien Stadt Bremen in Deutschland einen Verein und nannten ihn Solidarnast - wörtlich "Solidarität" auf Weißrussisch -, um die vom Lukaschenko-Regime verhafteten und verurteilten Gewerkschafter zu unterstützen.

"Gewerkschaftsaktivismus ist kein Extremismus", lautet ihr Slogan. Sie setzen sich für die Freilassung ihrer Genossinnen und Genossen aus dem Gefängnis ein, verbreiten die Nachrichten aus Belarus, sammeln Spenden für einen Solidaritätsfonds, um den Familien und Kindern der belarussischen Genossinnen und Genossen zu helfen, pflegen die Vernetzung und beginnen mit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Freiheit ist nicht etwas, das einmal errungen wurde und dann für immer gilt. Wir müssen ständig für sie kämpfen. Das Gleiche gilt für die Vereinigungsfreiheit.

Es ist eine große Herausforderung für die Belarussen und die weltweite Arbeiterbewegung, gemeinsam mit den Arbeitgebern und den jeweiligen Regierungen Druck auf das Regime in

Belarus auszuüben. Und die Freilassung aller politischen Gefangenen sollte die Vorbedingung für jeden Dialog mit Lukaschenko sein.